

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bezugspreis:
 Vierteljahr 4,50 RM, monatlich 1,50 RM, frei ins Haus, vorausschickend. Einzelne Nummern 10 Pf. Halbjahrsbezug: Monatlich 1,50 RM. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 3, — RM, für das übrige Ausland 4,50 RM monatlich. Versand ins Reich bei direkter Bestellung monatlich 1,50 RM. Bestellungen nehmen an: Dänemark, Holland, Dänemark, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse.
 Erscheint täglich.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Anzeigenpreis:
 Die Nebengebühren des Anzeigenblattes betragen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist jede Zeile über 20 W. (quadratisch) 2 festgesetzte Worte, jedes weitere Wort 15 Pf. Stellenanzeigen und Schlußzeilenanzeigen das erste Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. (Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte). Kreuzungsbildung 20 Pf., Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Berichte - Anzeigen 30 Pf. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft Berlin, W. 10, Lindenstraße 3, abgeben werden. Gedruckt von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. | Dienstag, den 14. Mai 1918. | Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97. | | Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Politische Konferenzen im Hauptquartier.

Der Aufbau Mitteleuropas.

Ein amtlicher Bericht meldet, daß der österreichische Kaiser am Sonntag im deutschen Hauptquartier eingetroffen ist. Es haben dort Aussprachen zwischen den beiden Kaisern stattgefunden, an denen von deutscher Seite der Reichskanzler, Hindenburg, Ludendorff, Kühlmann und der Wiener Vorkämpfer Graf Wedel, von österreichischer Seite Graf Burian, der Chef des Generalstabes v. Arz und der Berliner Vorkämpfer Prinz Hohenlohe teilgenommen haben. Eine Münchener Meldung besagt, daß am Sonntag abend auch der König von Bayern in Begleitung des Ministerpräsidenten v. Dandl nach dem Hauptquartier abgereist ist. Ueber die Besprechungen vom Sonntag meldet der amtliche Bericht:

Zwischen den hohen Verbänden und ihren Ratgebern fand eine herliche Aussprache und eine eingehende Erörterung aller grundlegenden politischen, wirtschaftlichen und militärischen Fragen statt, die das gegenwärtige und zukünftige Verhältnis zwischen den beiden Monarchien betreffen. Hierbei ergab sich volles Einverständnis in allen diesen Fragen und der Entschluß, das bestehende Bundesverhältnis auszubauen und zu vertiefen. Die Richtlinien der in Aussicht genommenen vertragsgemäßen Abmachungen stehen bereits grundsätzlich fest.

In dem Gange der Besprechungen trat erfreulicherweise zutage, wie hoch von beiden Seiten das nunmehr auch im Verteidigungskrieg so glorieux erprobte langjährige enge Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bewertet wird.

Es handelt sich um Entschlüsse von größter Tragweite. Die Lösung aller baltischen, polnischen, ukrainischen, balkanischen Fragen bleibt in der Luft hängen, solange nicht für das künftige Verhältnis der beiden mitteleuropäischen Großstaaten zu einander feste Grundlagen geschaffen sind. Entschlüsselt man ja mit all diesen Fragen noch kaum einen Schritt weiter gekommen, weil das Grundproblem noch der Lösung harter: Wie wird sich das künftige Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gestalten?

Indes darf nicht vergessen werden, daß die Neuregelung dieses Verhältnisses nicht die letzte Voraussetzung für die endgültige Regelung der östlichen Angelegenheiten ist. Diese letzte Voraussetzung ist der Abschluß des Weltkrieges durch den zukünftigen allgemeinen Frieden. Solange der nicht da ist, bleiben alle politischen Zukunftsberechnungen mit einem unbekanntem Faktor belastet, solange soll man auch nicht tun, als könnte man eine Neuordnung der ganzen Welt vornehmen, ohne daß irgend jemand anderer etwas mitzureden gedenke hätte. Gewiß soll man wissen was man will, man soll aber klugerweise vorzeitige Festlegungen vermeiden. Das letzte Wort über die künftige Weltgestaltung wird ja doch erst auf der allgemeinen Friedenskonferenz gesprochen werden.

Darum muß man hoffen und erwarten, daß die Konferenz im Hauptquartier nicht zu vorzeitigen Bindungen führt, die ja auch kaum möglich sind, da wirtschaftliche und militärische Konventionen nicht ohne Zustimmung der Parlamente geschlossen werden können. Schon darum wäre die Zuziehung von Parlamentsvertretern zu dieser Konferenz praktisch gewesen.

Von der Sozialdemokratie kann gesagt werden, daß sie für jeden Bund mit anderen Völkern zu haben ist, der nicht Dritte vom Anschlag als gleichberechtigte Teilnehmer ausschließt. Sie kann darum einem Bündnis, das zu einem künftigen Weltbund der Völker den Grundstock legt, ebenso zustimmen, wie sie eine Allianz, die sich gegen die andere Welt feindlich abschließt, verwerfen muß. Bevor man ewige Verträge schließt, soll man bedenken, daß die Ewigkeit lang ist, und daß schon nach einer kurzen Reihe von Jahren Bündnisverträge, die man für eine Wohltat hält, als Fessel wirken können.

Das weitere ist zu bedenken, daß ein Bündnis nur dann auf gesicherter Grundlage ruht, wenn es abgeschlossen wird unter freudiger Zustimmung der Völker. Auf eine solche können wir aber im gegenwärtigen Augenblick in Oesterreich weniger denn je rechnen. Deutschland ist heute in Oesterreich, dank der alldeutsch-reaktionären Politik, die auf die Entschlüsse der Regierung einen viel zu großen Einfluß gewonnen hat, herlich unpopulär, und zwar nicht nur bei der slavischen Mehrheit, sondern auch bei einem erheblichen Teil der deutschen und magyarischen Minderheit. Dazu kommen, zuletzt nicht zu mindest, die Sorgen um die Zukunft der österreichischen Industrie und um die Befriedigung des sehr großen Anleihebedürfnisses nach dem Kriege. Auf die Stellung des Wiener Parlaments zu den abzuhandelnden Vorlägen darf man rechnen sein.

Das Merkwürdigste wäre es, wenn man sozusagen das Haus beim Dach zu bauen beginnen und über die Ostfragen entscheidende Entschlüsse fassen würde, noch ehe das zukünftige Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn gesichert ist. Die Sorge, daß solches passie-

ren oder schon passiert sein könnte, liegt aber sehr nahe, wenn man die beiderseitige monarchische Spitze der Besprechungen und die schleunige Reise des Bayernkönigs mit in Betracht zieht. Man kommt dann zu dem Schlusse, daß es im Hauptquartier in erheblichem Maße um dynastische Interessen geht und daß dort über die Verteilung verschiedener Throne, litauischer, kurländischer, estländischer, livländischer, polnischer (der ukrainische ist ja wohl noch nicht reif) verhandelt wird. Das sind nun Dinge, die uns unserer ganzen Natur nach um so weiter entfernt sind, je näher sie andern liegen.

Sind nun aber diese Thronfragen zunächst nur für Anwärter interessant, so berühren sie doch Volksinteressen und die zukünftigen Beziehungen der Völker zueinander aus stärkster. Wir haben bisher nicht die Ueberzeugung gewonnen können, daß irgend eines der „befreiten Völker“ auf eine der 22 mitteleuropäischen Dynastien sein Auge geworfen hat, und glauben nicht, daß auch nur ein einziger der vielen Königs- und Herzogspäne aus dem freien Selbstbestimmungsrecht der Völker heraus realisierbar ist. Desto wahrscheinlicher ist, daß Monarchien, die auf vulkanischem Boden errichtet sind, zu Herden neuer internationaler Konflikte werden, für die dann wieder die Völker blutig zahlen könnten.

Schon jetzt sind ja die Eroberungen des Ostens ebenso wie die Verlegenheiten, wie das Beispiel der „austropolnischen Lösung“ und ihre nie endemollende Leidensgeschichte beweist. Vielleicht bringen uns die nächsten Tage die Meldung, daß sie ihr Ende gefunden hat, vielleicht aber besser auch nicht. Denn die Konferenz im Hauptquartier kann nur nützlich sein, wenn man sich über gewisse Grundlinien unverbündelt geeinigt hat. Versuche aber, die Dinge ohne Wissen und Willen der Völker zu zwingen, könnten leicht verhängnisvoll werden. Noch rost der Krieg, noch ist alles im Flusse, und zu festen Gestaltungen ist noch nicht die Zeit.

Dreiklassen-Bankrott.

Das Loch in der Wahlreform.

Eine Entscheidung über die Wahlrechtsfrage ist am Montag im Abgeordnetenhaus nicht gefallen. Dafür hat die Situation wieder einmal eine neue Wendung — die wievielte seit der Osterbotschaft? — erfahren. Nach den gestrigen Debatten ist die Wahrscheinlichkeit am größten, daß das Abgeordnetenhaus seinen bisherigen Beschlüssen damit die Krone aufsetzt, daß es — gar nichts beschließt, sondern als Antwort auf die Frage „gleiches oder abgestuftes Wahlrecht“ ein großes Nichts, ein Vakuum stehen läßt. Dieser Fastnachtsabschluß der ernstesten und bedeutendsten Vorlage, die irgendeinem deutschen Parlament seit Kriegsbeginn vorgelegen hat, käme in erster Linie auf das Konto der Nationalliberalen um Lohmann. Diese Hundstunde könnten fürwahr einem großen Dichter den Stoff zu einer politischen Komödie großen Stils abgeben. Er hätte sie zu zeichnen, wie sie einmal geschwellt von Größenwahn, weil von ihnen die Entscheidung der wichtigsten Frage abhängt, und doch wiederum gepeinigt von der Angst vor der eigenen Courage, die die Verantwortung jeder endgültigen Entscheidung scheut, die wunderlichsten Sprünge vollführen. Jetzt haben sie nicht nur einen neuen Mehrstimmenwahlrecht Antrag eingebracht, der statt des Sechstimmwahlrechts ein Dreistimmwahlrecht vorkieft, sondern auch gleichzeitig erklärt, daß sie samt und sonders gegen den Beschluß zweiter Lesung stimmen würden. Daraus ergibt sich eine wohl noch nie dagewesene Situation: man muß mit der Möglichkeit rechnen, daß sich in dritter Lesung weder für das gleiche Wahlrecht, noch für den Beschluß zweiter Lesung, noch für den Antrag Lohmann eine Mehrheit findet, daß also die ganze Vorlage mit einer Lücke nach drei Tagen zur nochmaligen Abstimmung gelangt. Wird die Lücke dann nicht ausgefüllt, so ist der Entwurf gescheitert, er kann dann nicht mehr an das Herrenhaus kommen. Wird dagegen in irgend einer Form ein positives Resultat erzielt, so muß verfassungsmäßig nach abermals drei Tagen eine erneute Abstimmung erfolgen, es wird also Ende Juni werden, bevor das Herrenhaus überhaupt in die Lage kommt, sich mit der Vorlage zu befassen. Um so unerquicklicher ist es — und das ist der zweite Punkt, in dem die Sitzung denkwürdig ist, daß die Regierung sich immer noch zu keinem klaren Entschluß aufgerafft, daß sie immer noch nicht das erlösende Wort von der Auflösung gesprochen und dadurch, wie Genosse Braun in seiner alle wichtigen Fragen kurz streifenden Rede mit Recht betonte, den Wahlrechtsgegnern neue Anhänger zugeführt hat. Was Dr. Friedberg über den Antrag Lohmann sagte, kann man sich denken: von einer Aufschwärzung auf Grund des Alters, muß die um Herdbrand immer begierlicher und anbruchsvoller machen. In einem Moment von solcher Bedeutung darf es für die Regierung kein Schwanken und Wandern geben. Durch ihre Haltung hat sie die Lage noch verwickelter gestaltet, sie erweckt den Anschein, daß es ihr an dem nötigen

Mut fehlt, den Konservativen und ihrem Anhang die Fehde anzulügen. Am Dienstag hofft man die dritte Lesung zu beenden.

Direkte Reichssteuern.

Ein Schauspiel für Götter: auf der einen Seite eine Riesenparlamentsmehrheit, bereit, neue Steuern in Milliardenhöhe zu bewilligen, auf der andern ein jungfrauenhaft sich sträubender Reichsschatzsekretär, unterstützt von 25 strampelnden einzelstaatlichen Finanzministern, deren jeder schreit: „Ich will sie nicht, ich will sie nicht!“

Freilich, Geld möchte der Herr Reichsschatzsekretär schon haben, aber nicht das Geld, das ihm die Mehrheit bewilligen will. Die Masse soll es bringen, nämlich die Masse des heillosen Volkes. Die Mehrheit aber sagt: Wenn schon ein Miesenbubel indirekter Steuern kommt, so kann an Einkommen und Vermögen nicht vorübergegangen werden. „Geradezu revolutionierend“ mühte das wirren, meinte Herr Brüder, der sicher nicht die Revolution will. Und so hat denn eine aus Zentrum, Nationalliberalen, Fortschrittler und Sozialdemokraten bestehende Mehrheit einen neuen Beitrag ausgearbeitet, den der Einkommen- und Vermögens- und das Vermögen in erster Linie bedenk soll. Er soll zunächst einmalig sein, aber die Antragsteller machen kein Geheimnis daraus, daß er bei längerer Fortdauer des Krieges ganz sicherlich wiederkehren wird. Außerdem beantragt die Sozialdemokratie allein noch einen kräftigen Ausbau der Reichserbschaftsteuer mit geschicktem Erbteil und Pflichtteil des Reiches.

Doch der Reichsschatzsekretär will die ihm bereitwillig angebotenen Milliarden nicht nehmen. Sie verstoßen gegen das heilige Prinzip, daß die Besteuerung von Besitz und Vermögen den Einzelstaaten vorbehalten bleiben müsse, während das Reich seinen Bedarf aus indirekten Steuern zu decken habe. Allerdings wird ihm entgegengehalten, daß dieses Prinzip schon wie ein Sieb durchlöcherig ist, und auf die Frage, in welchem Geese das ganze Prinzip eigentlich seine Grundlage habe, weiß auch der Reichsschatzsekretär keine Antwort. Aber er entdeckt plötzlich, daß er schon viel zu viel Geld habe und mit dem Ertrag der neuen Steuern gar nichts anfangen könne. Und die Kollegen aus den Einzelstaaten springen dem bedrängten Malador bei und gehen bis in die Zeiten des heiligen Römischen Reiches zurück, um zu beweisen, daß das Deutsche Reich von 1918 wohl Brot und Kohlen des armen Mannes, aber nicht den Einkommenszuwachs des Kriegsgewinners besteuern dürfe.

Während sich wenige hundert Schritt entfernt im Preussischen Dreiklassenhaus die Heubehrand, Löhnde und Lohmann wie drei Erzengel mit flammenden Schwertern vor das Portemonnaie der Besitzenden stellen, auf daß es nicht einem preussischen Parlament des gleichen Wahlrechts ausgeliefert werde, greift im Wallotbau ein anderes aus gleichen Wahlen hervorgegangenes Parlament kräftig in dieses Portemonnaie hinein, und keine Mehrheit wehrt ihm, nur der preussische Finanzminister sucht mit Händen und Füßen zu retten, was zu retten ist. Der Vorgang ist symptomatisch, er zeigt, daß über das Reich durchgeföhrt werden kann, was in Preußen nicht zu erzielen ist.

Ein zweiter Brief Kaiser Karls.

Wiener Dementi.

Rotterdam, 11. Mai. Der Pariser Korrespondent des „Manchester Guardian“ meldet: Der zweite Brief des Kaisers Karl ist anscheinend wichtiger als der erste. Der Kaiser erklärte in dem zweiten Briefe, er sei überzeugt, daß der Deutschland bewegen könne, Frieden zu schließen unter der Bedingung, daß die Alliierten ihre territorialen Forderungen auf Eisatz-Lothringen beschränken. Besetzte Gebiete sollen selbstredend geräumt und die Unabhängigkeit und Souveränität Belgiens wiederhergestellt werden. Der Kaiser sagte, er habe sich bereits der Zustimmung Vulgariens verschickt. Der Kaiser erklärte, den privaten Charakter des Briefes durchaus zu achten. Die französische Regierung habe übrigens auf Ehrenwort erklärt, ihn nicht veröffentlichen zu wollen. Poincaré schlug während der Verhandlungen vor, daß die Monarchie, im Tausche gegen Schesien, Triest und Trentino an Italien abtreten sollte. Aber Kaiser Karl antwortete, daß ein sehr wichtiges Bedenken dagegen bestehe, daß nämlich die Monarchie Trentino besetzt hätte, daß aber Frankreich Schesien nicht besetzt habe. Weiter antwortete auf die von dem Kaiser geäußerte Frage, ob er zu Verhandlungen zwischen der Abrechnung des Vorkrieges der Monarchie und dem Bruch mit Italien. Wohl hat geschrieben, daß Lloyd George erst nach langem Zögern der von Sonnino gewünschten abnehmenden Antwort bestimmte. Lloyd George hat also ungehört mehrmals die Wichtigkeit der österreichischen Vorkriegsfrage hervorgehoben und den

Durch Befürworter, eine so schöne Gelegenheit, Frieden zu schließen, nicht vorübergehen zu lassen. Poincaré machte jedoch prinzipielle Einwendungen gegen alle Friedensverhandlungen und behauptete, daß der Krieg nur mittels völligen militärischen Sieges der Entente beendet werden könnte.

Der Korrespondent des Manchester Guardian teilt weiterhin mit, daß im vorigen Sommer abermals Vorschläge gemacht worden seien, und zwar an Briand. Der Korrespondent wiederholte die frühere Mitteilung, der zufolge Nibot alle Ministern über die Briefe des Kaisers Karl zu Rate gezogen habe. Die russische und die amerikanische Regierung seien erst informiert worden, nachdem die Vorschläge abgelehnt waren.

Notiz: Wie das Wiener A. N. Telegraphen-Korrespondenzbureau von zuständiger Stelle erfährt, existiert der in vorstehendem Artikel wiedergegebene angebliche Brief nicht und muß als ein neuerliches Produkt der Entente bezeichnet werden.

Deutsch-russische Verhandlungen in Moskau.

Wolffs Bureau gibt bekannt: Neuter meldet, angeblich aus Moskau, der deutsche Gesandte Graf Mirbach habe dem Volkskommissariat ein Ultimatum der deutschen Regierung mit einer Reihe von Forderungen überreicht, deren Annahme Rußland zu einem deutschen Schutzbereich machen würde. Wir sind zu der Feststellung ermächtigt, daß diese Nachricht jeder Begründung entbehrt. Die mit dem Volkskommissariat geführten Verhandlungen stehen durchaus auf dem Boden des Prest-Friedensvertrages und betreffen lediglich die technische Durchführung der darin ausgeführten Vereinbarungen; sie werden in absolut verständlichem Ton geführt und sind ihrer ganzen Natur nach nicht dazu angefaßt, auch nur den Anschein eines Ultimatums zu erwecken.

Wolffs Bureau bemerkt dazu: Neuter beabsichtigt offenbar, durch derartige Äußerungen den schlechten Eindruck, den die Verhandlungen der Entente bezüglich Sibiriens bei der russischen Regierung hervorgerufen und diese sogar zu der Forderung der Abberufung des französischen Gesandten und einiger Entente-Konsuln veranlassen.

Die deutsche Diplomatie hat allerdings, da weitsehendes Handeln auch um Prest-Litovsk wissen unbedingt notwendig ist, allen Anlaß, alles zu vermeiden, was irgendwie geeignet sein könnte, einen ähnlich schlechten Eindruck in Moskau zu erzeugen. Da man nicht verlangen kann, daß die Russen für Prest-Litovsk schwärmen, schloß immerhin auch die Erledigung der technischen Durchführung der Prest-Litovsker Vereinbarungen nicht jede scharfe Reibung aus. Wir würden es begrüßen, wenn die nun ergangene halbamtliche Meldung in jeder Beziehung zutrifft.

Großfürst Nikolai Nikolajewitsch in deutscher Gefangenschaft.

Das Buch der Kriegserlebnisse Nikolai Nikolajewitschs, des ehemaligen Generalissimus der zaristischen Massenarmee und des Taktikers der schonungslos opfernden russischen Waffenwaise, hat sich nach längerer Pause wieder um ein Blatt bereichert, das in seiner Art aus mehrfachen Gründen sensationell wirkt. Der berühmteste Großfürst der Weltkriegs-epoche ist in deutsche Gefangenschaft geraten. Wie das bei dem Friedensverhältnis zwischen Deutschland und Rußland anging und weshalb es praktisch war, wird zunächst nicht näher dargelegt. Man hat das Faktum hinzunehmen und mag dabei immerhin die Frage stellen, inwiefern die neue Gefangenschaft des Großfürsten sich letzten Endes von der bolschewistischen Gefangenschaft, die jetzt eigenartig zum Abschluß gelangte, unterscheiden mag.

Der Vormarsch in die Krim hat Nikolai Nikolajewitsch in deutsche Hände gebracht. Vor einigen Tagen teilte das Berliner Ukrainische Pressebureau mit: laut dienstlicher Meldung aus Odessa befände sich auf dem Gute Ducler in Nähe von Mikodor (östlich Sebastopol) die Kaiserinwitwe Maria, Großfürst Nikolai Nikolajewitsch, Peter Nikolajewitsch und Alexander Michailowitsch. Sie wurden während der Bolschewikiherrschaft von Bolschewikmattrosen streng bewacht. Kiener Zeitungen brachten die Nachricht, daß Nikolai Nikolajewitsch mit einigen ihm nahestehenden Personen die Krim mit unbekannter Bestimmung verlassen habe. Hierzu bemerkte das genannte Ukrainische Pressebureau sofort: Die Richtigkeit letzter Meldung sei nicht festgestellt. Sie scheint aber doch nicht ganz der Richtigkeit entbehren zu haben, nur daß der Großfürst mit samt der Kaiserinwitwe und den anderen genannten Großfürsten nicht von den bolschewistischen Wächtern weggebracht worden, sondern eben von den deutschen Truppen übernommen worden ist.

Der „Lokalanzeiger“ drückt über den Vorfall seine fettgedruckte volle Herzensfreude aus, insbesondere mit einem Hinweis auf den Deutschenhaß des wichtigsten der Gefangenen, und er meint: „Die neuen Nachthaber in Rußland dürften wohl darüber sein, auf diese Weise der Verantwortung für Leben und Sicherheit dieser hervorragenden Mitglieber des ehemaligen russischen Kaiserhauses überhoben zu sein.“ Wir möchten diese Ansicht des „Lokalanzeigers“ mit einem großen Fragezeichen schmücken. Als Ergebnis des Gefangenenschaftswechsels wird man allerdings zunächst annehmen dürfen, daß Nikolais Möglichkeiten, in einer nächsten Phase der russischen Politik ganz nach freiem Ermessen oder nach dem Ermessen ihm gewogener Parteigänger eine Rolle zu spielen, sich nicht gerade verbessert haben. Der „Lokalanzeiger“ meint: „In welcher Weise die deutsche Regierung mit diesen erlesenen Gefangenen verfahren wird, steht vorläufig noch dahin.“ Seine Zukunft wird also ein Thema für mancherlei Vermutungen werden.

Deutschland — Finnland — Rußland.

Russische Erklärung über Deutschlands Ziel in Finnland. Stockholm, 11. Mai. Nach der in Helsingfors von der dortigen diplomatischen Vertretung Rußlands herausgegebenen Zeitung „Ruhloje Wostok“ hat der russische Minister des Äußeren Tschirkin am 30. April dem Gesandten Hoffe in Berlin den Ruftrag erteilt, der Regierung Deutschlands und Schwedens die Ernennung des Obersten Kobanow zum russischen Vertreter in Finnland mitzuteilen und außerdem gegen die Verschlagnahme von russischen Note-Kreuz-Schiffen durch die finnische Regierung zu protestieren.

Nach dem gleichen Blatt gab der russische Marinekommissar folgende offizielle Erklärung ab: In Bezug auf unsere politischen Beziehungen ist nunmehr volle Klarheit

Fortdauernd Kämpfe im Kesselgebiet — Die Luftkämpfe im April.

Berlin, 13. Mai 1918, abends. Amtlich. Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues. Amtlich. Großes Hauptquartier, 13. Mai 1918. (W. L. S.)

Westlicher Kriegsschauplatz. Im Kesselgebiet hielt lebhafteste Artillerietätigkeit in Verbindung mit örtlichen Infanteriegefechten an. Auch in den übrigen Kampfabzweigen lebte sie am Abend vielfach auf. Im Aucre-Tale südwestlich von Albert wurde ein englischer Zeilangriff abgewiesen. An vielen Stellen der Front setzte der Feind seine Erdungsdörfer fort. Bei ihrer Abwehr machten wir mehrfach Gefangene.

Im April beträgt der Verlust der feindlichen Luft-Kreitkräfte an den deutschen Fronten 15 Jassellballone und 271 Flugzeuge, von denen 123 hinter unseren Linien, die übrigen jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt sind.

Wir haben im Kampf 123 Flugzeuge und 14 Jassellballone verloren.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues. Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Der österreichische Bericht.

Wien, 13. Mai 1918. Amtlich wird verlautbart: An der italienischen Gebirgsfront ist die Kampftätigkeit andauernd reg. Der Chef des Generalstabes.

gewonnen. Deutschland verwirklicht in Finnland bloß den Punkt des Friedensvertrages, der der Selbständigkeit Finnlands gilt. Im übrigen hat es nach Erklärungen deutscher Seite keine Aufgaben für eigene Rechnung. Sveaborgs strategische Bedeutung ist nunmehr gleich null.

Stockholm, 11. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Aus Helsingfors meldet „Stockholms Tidningen“, daß der Vormarsch gegen russisch-Karelen und Petersburg aufgeschoben wurde, teils aus politischen Gründen infolge der Opposition, teils weil die teilweise Heimsendung der Weissen Armee zu Landarbeiten unumgänglich ist. Doch bleibt die russische Grenze besetzt, weil Rußland Truppen konzentriert.

Seit der Rückkehr der Regierung nach Helsingfors gewinnt das Bibilelement wieder Einfluß auf die Politik und eine Opposition gegen die Eroberungspolitik wird vernehmlich.

Der Landtag soll womöglich vor Pfingsten zu Plenarsitzungen zusammentreten. Von sechzig Sozialisten sind nur zehn bis fünfzehn übrig, die andern sind gefangen oder geflohen. Man erwartet Antwort auf ein nach Petersburg gerichtetes Auslieferungsgesuch. Die Wiborger Beute wird auf zwei Milliarden geschätzt und deckt die gesamten Kriegskosten, obzwar der Schaden der Eisenbahnen allein 150 Millionen beträgt. Die Gefangenzahl beträgt 80 000.

Die russisch-ukrainischen Friedensverhandlungen.

Kiew, 13. Mai. Die ukrainische Regierung ist mit der russischen Regierung dahin übereingekommen, daß die Friedensverhandlungen zwischen den beiden Regierungen nicht in Kurland, sondern in Kiew stattfinden sollen. Die beiderseitigen Delegationen werden schon in allernächster Zeit in Kiew zusammentreten.

Eine vorläufige Regierungserklärung gibt folgende kurze Inhaltsangabe der bevorstehenden ausführlichen Erklärung der ukrainischen Diktaturregierung: Volle staatliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit des ukrainischen Staatswesens. Keinerlei großrussische Tendenzen. Die jetzige Regierung ist nur provisorisch, um Ordnung zu schaffen und dem Volke die Möglichkeit zu geben, ohne Druck von der äußersten Rechten oder äußersten Linken auf dem einzuberufenen ukrainischen Landtag seine freie Meinung zu äußern. Dieser Landtag hat alle Rechte einer konstituierenden Versammlung. Die Versuche, den Umsturz monarchistisch zu deuten, sind durch nichts begründet, eine strenge demokratische Richtlinie der Regierung in der Arbeiterfrage und die Zwangsentziehung des Großgrundbesitzes zur Schaffung eines Landfonds zur Verteilung an die Bauern.

Sozialdemokratischer Wahlsieg in Zwickau.

Dritte Katastrophe der Unabhängigen.

Zwickau, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Bei der heutigen Reichstagswahl im 18. sächsischen Wahlkreis (Zwickau-Crimmitschau) erhielten Stimmen:

Meier (Soz.)	12 405
Hedert (Unabh. Soz.)	4 826
Klug (bürgerlicher Sammelkandidat)	5 792
Braun (Antifemist)	97

Meier ist demnach mit großem Stimmenvorsprung gewählt. Einige kleine Ortschaften stehen noch aus, deren Ergebnis das Resultat nicht ändern kann.

Ein neuer schöner Sieg der Sozialdemokratie ist dieser Wahlausfall. Trotz der Parteizersplitterung hat sie das Mandat im 18. sächsischen Wahlkreis, das zwar alter Parteibesitz war, aber immer gegen eine beachtliche bürgerliche Minderheit erkämpft werden mußte, im ersten Wahlgang mit einem sicheren Vorsprung von zirka 2000 Stimmen behauptet.

Für die Parteizersplitterung aber steht die Wahl in Zwickau-Crimmitschau als neues Strafgericht der Wähler, als neue Katastrophe. Nach Spandau-Osthaveland und Niederbarnim die dritte! Jede Reichstagswahl ist bis jetzt für die Unabhängigen schlechtere Vernichtung ausgefallen. Wird man dort endlich aus den Tatsachen lernen?

Aber auch im Kampfe gegen die Eroberungspolitik und Reaktionäre aller Färbungen bedeutet die Wahl einen vollen Sieg. Wiederum zeigt sie unabweisbar, daß die Masse der Wähler nicht bei den Länderverschludern und Kriegsverlängerern steht, deren Kandidat Klug nicht minder kläglich abgeschnitten hat wie der Unabhängige, sondern bei der sozialdemokratischen Friedens- und

Aus der Rede des Finanzministers im Ministerrat wird hervorgehoben: Um die Ukraine zu retten, muß sie sich finanziell von Rußland lösen. Rußlands Papiergeldausgabe beträgt 40 Milliarden Rubel, während die Ukraine bisher nur 110 Millionen Rubel ausgegeben hat und vielleicht bis auf 2 Milliarden kommen wird. Die Ukraine muß ein eigenes Geldsystem haben, sonst trägt sie die Mitverantwortung an der ungeheuren Papiergeldflut, an der die Ukraine nicht beteiligt ist. Daher ist die Schaffung einer besonderen Emissionsbank mit Hilfe des Weltkapitals notwendig. Die Reichsbank darf kein Papiergeld ausgeben. Die Regierung wird nur die Festigkeit der Emissionsbank kontrollieren oder einen Teil des Aktienkapitals übernehmen. Da die Steuern allein unzureichend sind, sollen Staatsmonopole für Zucker, Tabak und Branntwein geschaffen werden.

Franzosenangriffe im Münstertal.

Berlin, 13. Mai. (W. L. S.) Am Abend des 10. Mai griffen französische Stoßtruppen in Kompaniestärke unsere Stellungen im oberen Münstertal (Bogesen) an. Sie blieben im gut liegenden Feuer der Artillerie und der Maschinengewehre noch vor unserer ersten Linie liegen. Unter schweren Verlusten mußten sie in die eigenen Gräben zurückgehen. Unsere Verluste bestanden aus einem Leichtverwundeten. Trotz des französischen Munitionsaufwandes von etwa 5000 Schuß, darunter Gasgranaten, und trotz Ablenkungsfuers auf einen benachbarten Frontteil ist das ganze Unternehmen vollkommen gescheitert.

Albert Hänel's Tod.

Einer der bekanntesten Führer des bürgerlichen Liberalismus aus alter Zeit, Albert Hänel, ist in Kiel im Alter von 85 Jahren gestorben.

Hänel's politische Laufbahn begann schon im Jahre 1867, wo er in den Reichstag und in den Landtag zugleich gewählt wurde. Im Landtag blieb er bis 1887, dem Reichstag gehörte er mit fünfjähriger Unterbrechung bis 1903 an. In beiden Parlamenten hat er längere Zeit hindurch das Amt eines Vizepräsidenten bekleidet. Innerhalb der Partei war er ein entschiedener Gegner Eugen Richters und trat auch bei der Spaltung zur freisinnigen Vereinigung über. Er hat sich dann, wie andere Mitglieder dieser Gruppe, der alte Schwaber und vor allem Theodor Barth, mehr nach der demokratischen Seite hin entwickelt.

Hänel war Professor der Rechte in Kiel und hat eine große Reihe juristischer und besonders staatsrechtlicher Schriften verfaßt.

Kugellager oder Granatlager?

Zu der Anfrage des Abgeordneten Südekum (Soz.) im Reichstage betreffs der Beteiligung der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken an einer amerikanischen Gesellschaft in Philadelphia teilt die Verwaltung mit, daß es sich um eine Beteiligung an einer amerikanischen Kugellagerfabrik handelt, welche Handelsartikel, speziell Kugellager für Maschinenbau, fabriziert und nicht um eine Waffenfabrik. Die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken waren an dieser amerikanischen Gesellschaft bereits seit dem Jahre 1911 beteiligt und haben die Verbindung bei Kriegsbeginn sofort gelöst.

Somit die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik. Warum erkläre aber der Vorsitzende des Ausschusses, der der Kommerzienrat Arnhold in der ordentlichen Generalversammlung: „Die Beteiligung an einer großen Waffenfabrik in Philadelphia ist für uns vor dem Eintritt Amerikas in den Krieg veräußert worden.“ Eine Fabrik, die Kugellager herstellt, pflegt man doch im Deutschen nicht als eine große Waffenfabrik zu bezeichnen — oder aber es müßte sich um Lager von Geschützpatronen und Granaten handeln!

Zentrum und Geistlichkeit. Die „Tägliche Rundschau“ hatte den Führer der preussischen Zentrumfraktion, Herrn Dr. Vörsch, vorgeworfen, daß er einen Brief des Kardinals v. Hartmann unterschlagen habe, in dem der Kardinal Bedenken gegen die Wahlrechtsvorlage äußerte. Er habe von dem Briefe weder seiner Fraktion noch der Presse Mitteilung gemacht. — Darauf entgegnete Dr. Vörsch in der „Germania“, daß es sich um ein persönliches An ihn, nicht an die Fraktion gerichtetes Schreiben gehandelt habe. Trotzdem habe er aber der Fraktion schon vor einigen Wochen Mitteilung gemacht.

Es wäre interessant gewesen, von Herrn Dr. Vörsch zu erfahren, ob der Zeitpunkt der Bekanntgabe des Kardinalbriefes etwa mit jenem Zeitpunkt zusammenfällt, zu dem im Zentrum plötzlich die Forderungen nach Sicherungen so stark hervortrat. Uns schien es immer, als ob für das Zentrum die Sicherungen eine Kardinalforderung bei der Wahlrechtsvorlage sei.

Die Sozialistenbewegung in Frankreich. Genf, 13. Mai. Laut „Progrès de Lyon“ verlangte der Staatsanwalt von der Kammer die Erlaubnis zur Strafverfolgung des sozialistischen Abgeordneten Brizon wegen eines angeblichen Pressevergehens.

Freiheitspolitik. Und den Herren im preussischen Dreiklassenparlament, die sich eben anschicken, das gleiche Wahlrecht endgültig zu meucheln, wird die Wahl in Zwickau-Crimmitschau doch etwas die Freude an ihrem Tun verleiden: drohend kündigt sich hier die Antwort des Volkes an! Der Kreis Zwickau-Crimmitschau ist alter sozialdemokratischer Besitz. Schon im Jahre 1867 war er zum ersten Male sozialdemokratisch vertreten und blieb dies mit geringen Unterbrechungen. Seit 1890 war er dauernd Besitz der Partei.

Vertreter des Kreises war seitdem der Genosse Karl Wilhelm Stolle, der in den Zeiten der Parteiwirren zu den Unabhängigen übergegangen war. Die Verhältnisse lagen also ganz ähnlich wie in Niederbarnim. Es hat sich auch hier gezeigt, daß die Wähler den Übergang des Gewählten, so populär dieser auch war, nicht verstanden und nicht mitmachten. Sie blieben der alten Organisation treu.

Bei der letzten allgemeinen Wahl im Jahre 1912 erhielt Stolle 27 846 Stimmen, der Nationalliberale 17 982 Stimmen, ein Zentrumsmann 148. Die Gesamtzahl der Stimmen ist diesmal von 45 994 auf 22 110, also weniger als die Hälfte, zurückgegangen. Für die sozialdemokratischen Kandidaten beider Richtungen wurden 17 211 Stimmen abgegeben, also ungefähr noch zwei Drittel der letzten Stimmenzahl, die Bürgerlichen sanken aber auf weniger als ein Drittel ihrer Stimmenzahl, da die Liberalen gar nicht angetreten hatten.

Von den beiden Arbeiterkandidaten unter sich erzielte der Sozialdemokrat nahezu Dreiviertelmehrheit! Leber einer Hochburg der Partei weht die Fahne der Sozialdemokratie!

Kriegsabgabe und Erbschaftsteuer im Hauptausfluß.

Den Beratungen des Haushaltsausschusses wohnten am Montag die Finanzminister der Einzelstaaten bei, um gemeinsam gegen die aus der Mitte des Ausschusses heraus beantragten Vermögenssteuern anzukämpfen. Dem Ausschuss lag folgender gemeinsamer Antrag des Zentrums, der Sozialdemokraten, Fortschrittler und Nationalliberalen vor:

Der Ausschuss wolle beschließen: in den Gesetzentwurf über die Kriegssteuer Bestimmungen aufzunehmen über eine zugunsten des Reiches für das Rechnungsjahr 1918 zu erhebende außerordentliche Kriegsabgabe vom Einkommen und Vermögen der natürlichen Personen, welche einen Gesamtertrag von 1200 Millionen Mark zu erbringen hätte und für welche nachstehende Grundzüge gelten sollen:

I. Kriegsabgabe vom Einkommen. 1. Die Abgabe wird erhoben von den natürlichen Personen mit einem Jahreseinkommen von mindestens 20 000 Mark. Die Abgabe wird nicht erhoben, soweit dieselbe einen Betrag übersteigt, durch den das Jahreseinkommen nach Abzug der Abgabe unter 20 000 Mark sinken würde.

2. Das Einkommen der Ehegatten ist zusammenzurechnen und dem Bemann einheitlich zu versteuern, sofern die Ehegatten nicht dauernd von einander getrennt leben.

3. Gewährt der Abgabepflichtige Kindern auf Grund gesetzlicher Verpflichtung (Bürgerliches Gesetzbuch §§ 1601 bis 1616) Unterhalt, so ermäßigt sich die Abgabe für das dritte und jedes weitere minderjährige Kind um 5 vom Hundert ihres Betrages, jedoch nicht um mehr als 5000 Mark für ein Kind.

4. Unverheiratete Abgabepflichtige und verheiratete, kinderlose Abgabepflichtige haben eine angemessene Erhöhung der Abgabe zu ertragen.

5. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuerstufen zu erheben, beginnend mit 3 vom Hundert für die ersten 20 000 Mark Einkommen, abschließend mit 20 vom Hundert als Höchststufe.

6. Im übrigen sind die Bestimmungen des Landesgesetzes über die Einkommensteuer für die Bemessung der Kriegsabgabe und das bei der Feststellung und Erhebung der Steuer einzuhaltende Verfahren maßgebend. Die Feststellung des Einkommens für die Einkommensteuer bildet zugleich die Grundlage der Feststellung des Einkommens für die Kriegsabgabe.

7. In den Bundesstaaten, in denen eine Einkommensteuer nicht besteht, trifft die Landesregierung die Vorschriften über die Ermittlung des Einkommens.

II. Eine erhöhte Kriegsabgabe wird erhoben von der während des Krieges erzielten Einkommensvermehrung gegenüber dem in der Friedenszeit erzielten Einkommen.

1. Maßgebend ist das Mehreinkommen gegenüber der letzten Friedensveranlagung. Auf Antrag des Abgabepflichtigen tritt an Stelle der letzten Friedensveranlagung das festgestellte durchschnittliche Einkommen der Jahre 1912, 1913 und 1914.

2. Die Steuerstufe für die Einkommensvermehrung sind durchzustaffeln, beginnend mit 5 vom Hundert für die ersten 30 000 M. Mehreinkommen, abschließend mit 50 vom Hundert als Höchststufe.

III. Als Ergänzungsabgabe wird eine Abgabe vom Vermögen erhoben.

1. Abgabepflichtig ist ein Vermögen im Mindestbetrug von 20 000 M.

2. Die Abgabe ist in durchgestaffelten Steuerstufen zu erheben, beginnend mit 1 vom Tausend für Vermögen bis zu 100 000 Mark und schließend mit 8 vom Tausend als Höchststufe.

3. Für die Bemessung der Abgabe wird zugrunde gelegt die Feststellung des Vermögens, welche für die Besitzsteuer (Reichsgesetz vom 3. Juli 1913) auf 31. Dezember 1916 erfolgt ist. Einer besonderen Vermögensfeststellung bedarf es nur, wenn eine Vermögensfeststellung für die Besitzsteuer auf 31. Dezember 1916 nicht erfolgt oder nachträglich eine wesentliche Änderung des Vermögensstandes eingetreten ist; in diesen Fällen wird das Vermögen auf 31. Dezember 1917 festgestellt.

IV. Zusätzl. zur Feststellung und Erhebung der Kriegsabgabe vom Einkommen und Vermögen sind die Landesbehörden, die zur Feststellung und Erhebung der Besitzsteuer berufen sind.

Die Sozialdemokraten beantragen außerdem:

Der Ausschuss wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, alsbald einen Gesetzentwurf vorzulegen, der den Ausbau des Reichserbschaftsteuergesetzes

in folgender Richtung zu bewirken geeignet ist:

1. Einbeziehung der Erbschaften der direkten Abkömmlinge und Ehegatten von einer Kinderlosigkeit an unter Freilassung solcher Fälle, in denen der Tod des Erblassers mit der Erfüllung der Wehrpflicht zusammenhängt.

2. Verstärkung der Steuerstufe und stufenweise Steigerung derselben nicht nur nach der Höhe der Erbschaft und dem Grade der Verwandtschaft, sondern auch nach der Höhe des Gesamtvermögens und nach der Kinderzahl des Erbenden.

3. Einführung eines abgekürzten Pflichtteils des Reiches bei kleiner Kinderzahl oder Kinderlosigkeit des Erblassers.

4. Einführung des Erbrechts des Reiches, wenn die Erbschaft an entfernt verwandte oder blutferne Personen fallen würde.

Staatssekretär Graf von Roeder verweist bezüglich der zahlenmäßigen Darlegungen des Abg. Müller-Hulda auf seine Ausführungen im Plenum, besonders in seiner Antwort auf die Rede des Abg. Walsheim. Im übrigen könne er dem Vorredner bezüglich der Bedeutung der neuen Steuerentwürfe für den Etat im ganzen zu stimmen. Die neuen indirekten Steuern würden in diesem Jahre noch nicht viel bringen, besonders da in den Kommissionen noch historische gemacht worden seien, von denen er allerdings annehme, daß in den zweiten Lesungen manche noch wieder rückgängig gemacht werden würde. Die durch den Krieg veranlaßten Rindererhöhungen seien bei seiner im Plenum vorgetragenen Berechnung über indirekte und direkte Steuern aber auch voll berücksichtigt worden, sowohl für die letzten drei Finanzjahre wie für das Jahr 1918. Blickt man zurück auf die Ausfälle an indirekten Steuern Deckung in den Ergebnissen der Kriegsteuer. Die 5,7 Milliarden Mark als Ergebnis der Kriegsteuer würden hoffentlich einen Nebergang in das Finanzjahr 1919 ohne rechnungsmäßiges Defizit ermöglichen.

Abg. Müller-Hulda berechnet für das laufende Staatjahr einen Ausfall von 15-1600 Millionen Mark, weil die neuen Steuern erst nach einer längeren Zeit voll wirksam werden. Deshalb ist es nötig, Steuern zu suchen, die sofort hohe Erträge bringen. Als solche käme in Frage eine

Steuer auf Mehreinkommen,

denn im Krieg sind die großen Einkommen erheblich gestiegen. Die Kriegsgewinne, die großen Einkommen und die großen Vermögen müssen frasser herangezogen werden. Die Vermögenszuwächse hat infolge demoralisierender gewirkt, als große Steuern einfach verschwendet worden sind, um sie der Steuer zu entziehen. Dieses Moment fällt bei der Steuer auf Mehreinkommen weg. Wenn Englands Bevölkerung so große Opfer bringt, dann darf die bestehende Klasse Deutschlands nicht dahinter zurückbleiben.

Preussischer Finanzminister v. Dergt bestreitet, daß die Finanzminister der Einzelstaaten dem Reich Einnahmen vorzubehalten wollen; aber die finanzielle Ordnung in den Bundesstaaten darf nicht gefährdet werden. Die neuere finanzielle Entwicklung im Reich begann mit dem Wehrbeitrag und griff dann auf andere direkte Quellen über. Die Bundesstaaten geben zu, daß die dem Reich jetzt zur Verfügung stehenden Quellen nicht mehr ausreichen, das Reich hat aber auch bereits Steuern, die ihrer Struktur nach direkte Steuern sind. Mit dem weiteren Erfassen direkter Steuerquellen warte man am besten bis nach dem Kriege, schon um jetzt die Bewegungsfreiheit der Einzelstaaten nicht zu sehr zu beschränken. Jedenfalls bestehe kein Bedürfnis, jetzt neue Besitzsteuern zu machen, denn die vorgeschlagenen Steuern reichen aus. Das englische Vorgehen ist erfreulich, aber wir haben keinen Anlaß, den Engländern alles nachzumachen. Bei einer Vermögenssteuer, die nur große Vermögen erfasst, kommt nicht viel heraus, man müßte auch die mittleren und kleinen Vermögen erfassen und darin würde eine unbillige Härte liegen.

In Preußen steht eine stärkere Belastung der Vermögen unmittelbar bevor.

Das Vermögen läuft nicht davon, das Reich kann also später immer noch zugreifen. Bei der vorgeschlagenen einmaligen Erhebung könnte es überdies auch gar nicht bleiben, diese Abgaben würden in dauernde Steuern umgewandelt werden. Die jetzt vorgeschlagenen Abgaben müßten mit der sonstigen Besteuerung des Einkommens zu einer steuerlichen Belastung von 100 Prozent führen, eine Absurdität,

für die Preußen nicht zu haben

ist, ganz abgesehen davon, daß dadurch die ganze Steuerpolitik Preußens durchkreuzt würde. Die Pläne des Reichstages bedeuten keine Verständigung, sondern einen Bruch des Auftrags.

Abg. Stresemann stellt fest, daß die ablehnende Haltung des Vorredners nicht für alle Zeiten gelten solle, aber er habe doch die schwierige Lage des Reiches nicht voll gewürdigt. Wir dürfen nicht dauernd eine Finanzpolitik treiben, die sich jetzt auf Kriegsanleihen, künftig auf indirekte Steuern aufbaut. Das Reich darf nicht immer einen papiernen Ausgleich suchen, sondern muß auf eine gesunde finanzielle Basis gestellt werden. Die Kriegsteuer sollte der Schuldentilgung dienen, statt dessen ist das Geld anderweit verbraucht worden. Deutschland hat die

Kriegslieferungen bezahlt hoch bezahlt,

daß ein Teil der Gewinne dem Reich wieder zugeführt werden muß. Wenn der Krieg aufhört, weiß heute kein Mensch, deshalb darf man die finanzielle Regelung nicht bis nach dem Kriege hinausschieben. Die Anträge der Sozialdemokraten scheinen über das Ziel hinaus. Die von der Regierung vorgeschlagenen Steuern sind aber nur dann annehmbar, wenn sie mit einer Belastung des Besitzes verbunden sind. Das Vermögen läuft bei der heute eingerissenen Verschwendungssucht allerdings fort. In gewissen Kreisen spielt das Geld heute gar keine Rolle, für Bilder usw. werden unsinnige Summen angelegt und vor diese Kreise sollten sich die einzelstaatlichen Minister nicht schüßeln lassen.

Abg. Gröber begründet nunmehr den Kompromißantrag der Reichsparteien. In der Verfassung ist mit keinem Wort gesagt, daß das Reich keine direkten Steuern erheben dürfe. Es müßte jetzt

revolutionierend

wirken, wenn man den Besitz nicht kräftig erfassen würde. Festzuhalten sei, daß der preussische Finanzminister anerkannt habe, daß es sich nicht mehr um die Frage handeln könne, ob direkte oder indirekte Steuern, sondern nur noch um die Verteilung der Lasten. Wer müssen dahin kommen, daß eine einheitliche Steuer geschaffen wird, die dann prozentual auf Reich, Staat und Gemeinden verteilt werden muß. Lediglich die Erfassung des im Kriege entstandenen Mehreinkommens genügt nicht. Monatliche Unterscheidungen zwischen anständig und minder anständig gemachten Gewinnen läßt unsere Steuerrechnung nicht zu, deshalb muß der Gewinn ohne jede Rücksicht erfasst werden. Die Wahl einer Grenze von 20 000 M. Einkommen schließt die minderbemittelten Klassen. Eine weitere Widenung liegt in der Berücksichtigung der Kinderzahl, das rechtfertigt dann wieder eine stärkere Belastung der Junggeheilen. Redner begründet dann eingehend die erhöhte Kriegsabgabe und die Ergänzungsabgabe. Eine Garantie dafür zu übernehmen, daß die Abgaben nicht wiederholt werden, sei nicht möglich, wenn der Krieg noch ein Jahr dauern würde, dann sei die Wiederholung dieser Abgaben sogar dringend notwendig, schon weil man Kriegsgewinne nur fassen kann, solange der Krieg dauert.

Abg. Reil begründet den Antrag der Sozialdemokraten und bezeichnet es als einen Fortschritt, daß Zentrum und Nationalliberale wenigstens mit einem Schritt auf den Boden getreten sind, auf dem die Sozialdemokraten seit Jahren stehen. Auch die Finanzminister werden ihren Widerstand aufgeben müssen. Unsere Finanzpolitik während des Krieges war im System falsch, in der Sache ungerade. Bei der langen Dauer des Krieges kann das so nicht weitergehen. Auf das noble officium der Besitzenden war diese ganze Steuerpolitik nicht eingestellt. Der Widerstand lag bei den Einzelstaaten, die dem Reichstag immer Hindernisse in den Weg gelegt haben. Man hätte den Wehrbeitrag im Kriege nicht preisgeben und insbesondere die Erbschaftsteuer rasch ausbauen müssen, ein Gedanke, der längst sprudelt ist. Man hätte Hand auf Erbschaften legen müssen, die infolge Kriegstod enfernter Verwandten zugefallen sind. Die Verhältnisse haben sich während des Krieges gewaltig verschoben und in steigendem Maße gehen jetzt schon große Vermögen, die aus Kriegsgewinnen kommen, auf die nächste Generation über. An diesen Quellen ist man vorbeigegangen und hat lieber den wasserverbrauch belastet. Es darf nur unterschieden werden zwischen Steuern, die den Besitz und solche, die die Besitzlosen treffen. Was die Kriegsgesellschaften steuerlich geleistet haben, das ist ihnen in Form erhöhter Preise wieder zugeführt worden. Die

arithmetische Gymnastik des Staatssekretärs

im Plenum des Reichstages war völlig abwegig, denn er hat den Ertrag der einzelnen Steuer ganz falsch dargestellt. Die Kohlensteuer wird eine Milliarde erbringen, sobald sie voll wirkt, der Staatssekretär aber hat nur 500 Millionen Mark eingestellt. Das gleiche Bild bei den Verbrauchs- und anderen indirekten Steuern. Dem steht nur die Kriegsgewinnsteuer gegenüber; denn der Wehrbeitrag ist vor dem Kriege und nicht für Zwecke des Krieges geschaffen worden. Dasselbe gilt von den einzelstaatlichen Einkommensteuerverhöhungen. Diese Rechnung müßte ein ganz falsches Bild ergeben. Die Wirklichkeit ist eine dauernde Belastung des Volkes mit 5 1/2 Milliarden, eine einmalige Belastung des Besitzes mit 5,7 Milliarden Mark. Ein Vergleich mit der Kriegsteuerpolitik Englands fällt durchaus zu unseren Ungunsten aus. Mit unserer Steuerpolitik muß das Vertrauen des Volkes schwer erschüttert werden. Die jetzige Kriegsführungs- und Finanzpolitik ist derart unbillig, daß sie uns mit der Zeit vor Unmöglichkeit stellen muß. Wir haben nicht nur keine Kriegskosten, sondern nicht einmal die Zinsen durch laufende Einnahmen gedeckt. Dabei ist noch nicht berücksichtigt, daß 3000 Millionen

Mark jährliche Ausgabe für Kriegsbefähigte, Witwen und Waisen, die wir dauernd aufbringen müssen, nicht in der laufenden Rechnung erscheinen. Deshalb ist es erforderlich, daß die Erbschaftsteuer schleunigt in der Weise ausgebaut wird, wie wir das beantragen. Zu beachten ist auch, daß unsere Papiergeldwirtschaft die Preise gesteuert und damit die Massen des Volkes mit Milliarden belastet hat. Nicht die Erhaltung des Kapitals, sondern die Erhaltung unserer Arbeitskraft darf an der Spitze unserer Wirtschaftspolitik stehen.

Staatssekretär Graf Roeder bestreitet, daß seine Angaben im Plenum des Reichstages mit den Tatsachen nicht im Einklang gestanden hätten.

Württembergischer Finanzminister v. Pistorius greift für seine Partei gegen den Antrag Gröber in das 18. Jahrhundert zurück. Die Befürchtung sei durchaus begründet, daß die Selbständigkeit der Einzelstaaten untergraben wird.

Die Beratungen werden am Dienstag fortgesetzt.

Die „Anabhängigen“ haben beantragt, einen Gesetzentwurf vorzulegen, über eine Vermögensabgabe zur Abbildung der Reichsschuld, welcher diese Abgabe, unter Freilassung der kleinen Vermögen, stufenweise bis auf 50 vom Hundert der Vermögen von 10 Millionen Mark und darüber ansteigen läßt.

Justizdebatte im Reichstag.

184. Sitzung, Montag, den 13. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Landratsamt: Graf Roeder, v. Krause. Der Etat des Marineamts wird nach den Beschlüssen der Kommission (diese hat 5 Intendanturräte gestrichen) angenommen, desgleichen die Resolution der Kommission zum Tausch der Marine einzurichten und eine Resolution Oberst und Genossen (Soz.), daß den Angestellten in den Marinebetrieben die prozentualen Zuschläge für Mehrleistungen nicht auf Kriegseinstellungszulagen angerechnet werden. Es folgt die Beratung des

Etat des Reichsschatzamt.

Abg. Körwinkel (natl.) bittet, die unansehnlich gewordenen Schatzkassine durch neue zu ersetzen.

Abg. Werner-Dersfeld (Dsch. Fr.) bittet, auch die Kriegsveteranen von 1870/71 bei Teuerungszulagen nicht zu vergessen.

Abg. Bogherr (L. Soz.): Sehr zu mißbilligen ist, daß bei der letzten Kriegsanleihe Zwang auf Soldaten zum Zeichnen ausgeübt wurde, ebenso ungebührlich war die Vettelerei durch Schulkind.

Abg. Zimmermann (natl.): Der große Erfolg der Kriegsanleihe ist der ausgezeichneten Organisation des Reichsschatzamt zu danken.

Abg. Prinz Schönrich-Carolath (natl.) begründet einen von allen Parteien unterstützten Antrag, den Ehrensold der alten Kriegsveteranen von 64, 66 und 70/71 angesichts der Teuerungszulagen zu erhöhen.

Abg. Ebert (Soz.): Eine Aufbesserung der Bezüge der Kriegsveteranen ist dringend geboten. Wir haben allen Beamten und Angestellten Teuerungszulagen gewährt. Warum sollen die Veteranen allein ausgenommen sein. Ich empfehle den Antrag aufs dringendste.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.) schließt sich dem Vorredner an.

Der Etat wird bewilligt, der Antrag Schönrich-Carolath wird angenommen.

Es folgt die Beratung des

Etat des Reichsjustizamt.

Abg. Dr. Belger (Z.): Angesichts der Entwertung des Geldes sollten die Geldstrafen erhöht werden. In gewissen Fällen sollte auch auf Konfiskation erkannt werden. Nach dem Kriege ist eine Stärkung der Autorität der Gerichte dringend notwendig; das kann am besten geschehen durch Heranziehung von Männern aus dem Volke zur Rechtsprechung auch bei Zivilstreitigkeiten. Die im vorigen Jahr angenommene Resolution gegen den Kriegswucher hat leider nicht die Zustimmung der Regierung gefunden, sie hat auf eine Revision des Kriegswucherrechts verwiesen. Aber bis jetzt ist eine solche nicht erfolgt; ich frage den Staatssekretär, wie es damit steht. Denn jeder Tag Verlust ist von Uebel. Die höchste Ercheinung, die der Krieg gezeitigt hat, ist die

ungeheure Steigerung der Kriminalität.

Die Zeit ist vorbei, in der der Krieg als Erneuerer aller sittlichen Kräfte gefeiert wurde. (Sehr wahr!) In Köln wurde ein Arbeiter, der in der Fabrik ein paar Lederriemen mitgenommen hatte, wegen Landverrats zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt. (Lebhaftes Hört, Hört!) In Wiesbaden dagegen wurde der bekannte Philippi freigesprochen, obwohl sein Bruder und Kompanion, wegen desselben Vergehens angeklagt, vom Militärgericht verurteilt worden ist. Derartige Urteile widersprechen aus höchster dem Wohlwollen des Volkes. (Lebhaftige Zustimmung.)

Abg. Heine (Soz.):

Wenn es Volkstäter gibt, die ohne sofort aus dem Tempel gejagt zu werden, sagen man dürfe nicht auf einen Rechtsstaat hin arbeiten, sondern auf einen Frieden der Gewalt, dann darf man sich auch nicht wundern, was andere Leute sagen, wie können mit unseren guten Freunden und Nachbarn ebenso umspringen, wie man dem Vaterlande zumutet, mit seinen Nachbarn umspringen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Die Rechtspflege ist bei uns im großen Umfange aufgehoben. Die Reform der Strafprozedur darf nicht bis nach dem Kriege verschoben werden, vielmehr ist die jetzige Zeit für großartige Reformen geeignet, weil der Krieg uns genügt gemacht hat, über Kleinigkeiten hinwegzusehen. Mehr wie je stellt sich die Notwendigkeit heraus, das Wiederaufnahmeverfahren zu erleichtern, denn mehr wie je werden

harte Urteile aus gelegentlicher Stimmung

heraus gefüllt. (Sehr wahr.) Das wichtigste und traurigste Kapitel ist das der jugendlichen Kriminalität; sie ist schon immer der Schandfleck an unserem sozialen Körper gewesen. Hier ist Abhilfe dringend notwendig. Das Kriegsnotgesetz, das der Jugendausfluß empfiehlt, wird nicht genügen, wenn wir natürlich auch die Herabsetzung der Strafmündigkeit von 12 auf 14 Jahre begründen. Am besten wäre es, auf das seinerzeit in der Kommission festgebliebene Weis über das Verfahren gegen Jugendliche zurückzuerweichen. Die Hauptursache für mich ist darin — ich sage dies nur für meine Person, nicht für meine Fraktion —, daß das Verbot der Vergeltung (Zwang zur Erhebung der Klage für den Staatsanwalt) wenigstens an einer Stelle durchbrochen wird. Kinder, und um solche handelt es sich hier, muß man guten Einflüssen unterwerfen, nicht aber in Gefängnis stecken. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Meinungen (Sp.): Die schlimmste Folge des Krieges ist die Untergrabung des Rechtsgefühls. Trotz

der völlerrechtlichen Berechtigung des Krieges ist und bleibt er hoch die Negation des Rechtes. Den Schlechthandeln müssen wir bekämpfen, aber diese Bekämpfung darf nicht in Schikanen gegen die Bevölkerung ausarten. Die Jugendlichen soll man nicht durch Strafen, sondern durch erzieherische Maßnahmen zu fördern suchen. Kinder von 14 Jahren gehören überhaupt nicht auf die Anhalteliste. (Weißell.)

Abg. Strad. (natl.) schließt sich im wesentlichen dem Vortredner an.

Staatssekretär des Reichsjustizamts v. Krause:

Die Kriegswahnenverordnung vom Juli 1915 hat sich im großen und ganzen bewährt. Für die Reform des Strafrechts kann der Entwurf von 1915 die Grundlage nicht mehr abgeben. Denn die Ergebnisse des Krieges haben eine Umwertung der Persönlichkeit innerhalb der Gesellschaft und des Volkes gezeitigt, und diesen Erfahrungen muß auch eine neue Strafprozessreform Rechnung tragen. Deshalb kann während des Krieges die große Reform nicht in Angriff genommen werden. Wenn aber der Reichstag wünscht, daß die wichtige Frage des Jugendrechts vor der allgemeinen Reform erledigt wird, so wird die Regierung nicht widersprechen. Der Abg. Meine betrachtet unser Rechtsleben sehr pessimistisch. Gewiß liegen viel unerfreuliche Erscheinungen vor. Ich erinnere ihn nur an das Wort des Philosophen Kant: „Wir sind nicht dazu da, glücklich zu sein, sondern unsere Schuldigkeit zu tun.“ Tun wir das, so werden wir dazu beitragen, auch auf diesem Gebiete wieder den Sonnenschein zu wehen.

Abg. Behg. (L.): Die Zwangskriegswirtschaft zerstört die Rechtsfreiheit und das Rechtsbewußtsein.

Darauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag, 2 Uhr.

Schluß: 5 1/2 Uhr.

Groß-Berlin

Vom Glend unseres Vorortverkehrs.

Unter den Einschränkungen der Eisenbahnzugfolge im Groß-Berliner Verkehrsgebiet leidet auch der Verkehr nach der „Krankenstadt“ Buch. In den vier Heil- und Pflegeanstalten, die von der Stadt Berlin da draußen errichtet worden sind, leben mehrere tausend Menschen. Es ist selbstverständlich, daß zwischen der Bevölkerung von Berlin und den Bewohnern der Anstalten von Buch die engsten Beziehungen unterhalten werden. Das gilt besonders für die mit Zivilpersonen belegten Anstalten, für die Heimstätte der Lungenkranken, das Altersheim und die Frauenanstalt Buch-Ost. Die Insassen sind größtenteils Berliner, die ständig von Berlin aus durch ihre Angehörigen besucht werden. Aber auch die Insassen des in der Frauenanstalt Buch-West eingerichteten Militär-Lazarets empfangen zahlreiche Besuche, die von Berlin kommen. An Sonn- und Feiertagen erzieht sich nach Buch hinaus ein Strom von Besuchern, zu dessen Bewältigung kein anderes Verkehrsmittel als die Eisenbahn vorhanden ist. Infolge der Spärlichkeit des Zugverkehrs kommt es hier vor und nach der Besuchszeit auf der Hin- und Rückfahrt zu den tollsten Wagenüberfüllungen, wie man sie sonst nur von den beliebtesten und belebtesten Ausflugsorten kennt. Bei der Erörterung des Eisenbahnverkehrs durch Mangel an Wagen und Kohlen sind die Groß-Berliner Ausflügler die letzten, denen die Eisenbahnverwaltung eine Rücksichtnahme zu schulden glaubt. In dieser Kriegszeit haben wir zwar alle die Pflicht zur Arbeit, doch niemand von uns darf ein Recht auf Erholung, auf den für die Bewahrung der Arbeitsfähigkeit des in Mietskasernen zusammengedrängten Großstadt-Bewohners so unentbehrlichen Sonntagsausflug geltend machen. Auch an manchen Besuchen der „Krankenstadt“ Buch schließt sich noch ein Spaziergang nach der benachbarten Waldung an, aber von nicht vielen wird Buch nur der Erholung wegen und zu Ausflügen aufgesucht. Meist ist ein Besuch in Buch keine Vergnügungsfahrt, sondern ein Liebesdienst, dem selten einer sich wird entziehen wollen. Viele erfüllen diese Pflicht, obwohl sie selber schon bejaht und kränzlich sind, so daß sie unter der unermesslichen Zugüberfüllung schwer leiden. Es gibt ja Leute, die es für das Wichtigste halten, wenn der Berliner bis auf weiteres an Sonntagen gar keine Ausflüge mehr in die Wälder mache und sich mit dem Spaziergängergerühl verstaubter Parkanlagen begnüge. Verlangt man, daß auch die Fabriken nach der „Krankenstadt“ Buch eingeschränkt oder unterlassen werden, daß die Insassen der Heimstätte, des Altersheims und des Lazarets auf den Frost des ersehnten Besuches verzichten, weil die Eisenbahnverwaltung keine ausreichenden Vorkehrungen zur Verfügung stellt? Der Berliner Magistrat oder seine für die einzelnen Anstalten zuständigen Verwaltungsdeputationen sollten bei der Eisenbahnverwaltung darauf hinzuwirken suchen, daß etwas mehr für die Bewältigung des Verkehrs nach Buch getan wird.

Strafanzeige gegen den Aufsichtsrat der Kolobereinerung.

Von dem zuständigen Sachverständigen der Preisprüfstelle ist, wie der Berliner Magistrat mittel, gegen den Aufsichtsrat der Kolobereinerung Strafanzeige wegen übermäßiger Preissteigerung erstattet worden, da die von der Vereinigung festgesetzten Preise nach dem Gutachten der Sachverständigen einen übermäßigen Ge-

winn enthalten. Diese Maßnahme hat sich als notwendig erwiesen, nachdem langwierige Verhandlungen des Aufsichtsrats der Kolobereinerung zu einer Herabsetzung der von ihm festgesetzten Preise nicht zu bewegen vermocht haben. Die Preisprüfstelle behält sich in Zukunft vor, auch gegen jeden einzelnen Kolobereiner, der höhere als die von ihr als angemessen festgesetzten Preise fordert, die Einleitung eines Strafverfahrens wegen übermäßiger Preissteigerung zu veranlassen.

Käseverteilung. Bis Sonntag, den 19. Mai, wird in den Bezirken der 57., 64., 69., 70., 71., 80., 214., 238., 240., 78., 74., 75., 81., 82., 72., 180. und 181. Volkskommission — im Osten und Nordosten Berlins — auf das Mittelstück der zurzeit gültigen Speisefestkarten pro Kopf 125 Gramm Käse verteilt.

Höhere Stiefelpreise in Sicht. Der Leberwachsungsanstoß der Schuhindustrie wird infolge des erhöhten Reichs-Solotarifs für Zivildienstleistungen neue Preise für diejenigen Schuhwaren festsetzen, für die von ihm Höchst- oder Einheitspreise bestimmt worden sind. Die Preisfestsetzung erfolgt, wie der „Schuhmarkt“ mitteilt, sobald von allen Betrieben Meldung erstattet ist, um wieviel sich die Herstellungskosten durch den Reichs-Solotarif erhöht haben. Da außerdem auch von der Gutachterkommission für Schuhwarenpreise beabsichtigt ist, den in Zukunft zu berechnenden Unkosten neu zu regeln, wird gleichzeitig mit den Änderungen, die durch den neuen Reichs-Solotarif entstehen, bei den neuen Preisen auch die Änderung in den Unkostenlagen berücksichtigt. Ausgenommen sind die erst jetzt festgesetzten Einheitspreise für Sandalen, bei denen bereits die erhöhten Löhne Berücksichtigung gefunden haben.

Der wahre Jakob ist erschienen und gelangt heute zur Ausgabe.

Charlottenburg, Lebensmittel. Auf Abschnitt 44 der neuen Eierkarte können vom 18. bis 20. Mai zwei Eier entnommen werden. Bis einschließlich Sonnabend, den 18. Mai wird auf die Groß-Berliner Rührmittelzulasskarte für Jugendliche mit Aufdruck Charlottenburg ausgegeben; auf Abschnitt 11 gleich 100 Gramm Graupen. Die Entnahme kann in dem Kolonialwarengeschäft erfolgen, in dem der Haushalt der Jugendlichen in die Kundenliste für Griech. Graupen usw. eingetragen ist.

Mit Beginn der neuen Fleischartenperiode — 18. Mai — wird erneut der Umtausch der Fleischarten statifunden. Es werden nur die vollen Reichsfleischarten umgetauscht. Der Umtausch der Fleischarten findet nur in der Zeit vom 18. bis 18. Mai buchstabens- und tageweise geordnet von 8 1/2 bis 8 Uhr gegen Vorlage der Familienausweisarte Karte. Für einen Haushalt dürfen nicht mehr als höchstens 4 Fleischarten umgetauscht werden. Die Rührmittel können, soweit Griech. Graupen und Teigwaren in Frage kommen, in allen städtischen Kolonialwarengeschäften, in denen Kundenlisten geführt werden, die übrigen Rührmittel in den durch Aushang kenntlich gemachten städtischen Verkaufsstellen entnommen werden.

In der Zeit vom Donnerstag, den 16. Mai, bis Sonnabend, den 25. Mai, werden verabfolgt: 1 Pfund Marmelade (92 Pf.) auf Abschnitt 22, ferner 150 Gramm Weizengrieß (10 Pf.) auf Abschnitt 27 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte mit dem Aufdruck Charlottenburg, auf Abschnitt 194 der Charlottenburger roten Rührmittelkarte 8 Rührmittel-Fleischbrüderwürfel (10 Pf.) oder 4 Knochenbrüderwürfel (10 Pf.) je nach Vorrat, auf Buchstabenabschnitt „X“ der Charlottenburger Haushaltsbezugsmarken, und zwar für große Haushaltungen, einmal gestreifte Karten, 8 Päckchen Puddingpulver und für kleine Haushaltungen, doppelt gestreifte Karten, 6 Päckchen Puddingpulver (Päckchen 19 Pf.).

Verteilung von Abteilungen des Amtsgerichts. In der Zeit vom 18. bis zum 27. Mai werden nach und nach die gegenwärtig im Hause Suarezstraße 18 in Mieträumen untergebrachten Abteilungen des Amtsgerichts Charlottenburg für Vormundschafts- und Nachlaß, Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungen, Konkurs-, Zwangsvollstreckungs- und Rechtsbehelfsachen, auch das Jugendgericht und die Verteilungsstelle für Gerichts-vollzieheraufträge nach dem Landgerichtsgebäude am Tegeler Weg (Eingang von der Herschelstraße) verlegt. Die Einwohner Charlottenburgs sind von dem ausführenden Amtsdirektor erlucht worden, sich in dieser Zeit nach Möglichkeit aller nicht schleunigen Anträge zu enthalten.

Neufölln, Lebensmittel. Auf die Abschnitte 19 und 20 der allgemeinen Lebensmittelkarte dürfen je 500 Gramm Marmelade (92 Pf.) entnommen werden. Die Kleinhandlender haben mit dem Verkauf zu beginnen, sobald sie die Ware vom städtischen Lager abgeholt haben und denselben eine Woche lang durchzuführen. Bis Sonntag, den 19. Mai, darf auf Abschnitt 43 der Eierkarte ein Ei entnommen werden. Bis Sonntag, den 19. Mai, wird an diejenigen Einwohner, welche in die Speisefestkundenlisten der in dem Bezirk der 9. Volkskommission gelegenen Geschäfte eingetragen sind, pro Kopf 125 Gramm Käse zum Preise von 1,20 R. für das Pfund verteilt. Bis Donnerstag, den 23. Mai, dürfen in denjenigen Geschäften, in welchen die Anmeldung zum Bezuge von Kolonialwaren erfolgt ist, auf Abschnitt 26 der allgemeinen Lebensmittelkarte für Neufölln zusammen 1 Pfund Gemüselieferanten und 1/4 Pfund getrocknete Gemüse entnommen werden. Die Abgabe der Gemüselieferanten darf nur zusammen mit der Abgabe der entsprechenden Menge von getrockneten Gemüsen erfolgen. Diese Maßnahme ist erforderlich, um die der Stadt Neufölln überwiesenen

Mengen von getrockneten Gemüsen nicht verloren gehen zu lassen. Ein Anrecht auf die Lieferung einer bestimmten Art der Ware steht dem Käufer nicht zu. Die Kleinhandlender haben jedoch, soweit es die Packungen gestatten, für eine möglichst gleichmäßige Verteilung der einzelnen Warenarten Sorge zu tragen. Da sich die Gemüselieferanten zum größten Teil in 1-Kilo-Dosen befinden, empfiehlt es sich, daß sich die Käufer entsprechend zum Kauf zusammenfinden, um ein Öffnen und Ausfüllen der Büchsen zu vermeiden.

Wilmerdorf, Abgabe von Gemüselieferanten. Von heute bis einschließlich Sonnabend, den 18. Mai, werden abgegeben: auf Abschnitt 28 der allgemeinen Groß-Berliner Lebensmittelkarte und auf Abschnitt 14 der Lebensmittelkarte für Jugendliche je 1 Pfund Gemüselieferanten in Blechbüchsen.

Lichtenberg, Lebensmittel. Es gelangen zur Ausgabe ohne Voranmeldung auf Abschnitt 21 der gemeinsamen Lebensmittelkarte 1 Pfund Marmelade (92 Pf.). Gegen Voranmeldung auf Abschnitt 23 1 Pfund Rührmittel (73 oder 75 Pf.). Die Abschnitte 21 J, 22 J werden zurzeit nicht beliefert. Die Bezugsabschnitte sind in den Kleinhandelsgeschäften bis zum Mittwoch, den 15. Mai, abends 7 Uhr, abzugeben. Abschnitt 21 verliert seine Gültigkeit am 1. Juni. Es gelangen zur Verteilung gegen Voranmeldung auf Abschnitt 217 K, G der neuen Lichtenberger Lebensmittelkarte je 1 Dose kondensierter Magermilch mit Zucker zum Durchschnittspreis von 1,80 R. Der auf der Dose befindliche Preis ist für diesmal nicht maßgebend. Auf Abschnitt 217 J 1 Beutel Weizenmehl „Milfig“ (85 Pf.). Auf Abschnitt 218 K, J je 1 Paket Puddingpulver (22 Pf.). Ferner gegen Voranmeldung in den hiesigen Konsumgeschäften auf Abschnitt 218 G 250 Gramm Reis (Sonntagebäck 1,75 R.). In den städtischen Fischhallen und bei den hiesigen Fischhändlern und Händlerwarengeschäften werden abgegeben: Auf Abschnitt 216 E, J, G, K 1/2 Pfund Heringe. (Heringe sind auch in den Kolonialwarengeschäften zu haben.) Ohne Abtrennung von Karten, aber gegen Voranmeldung der Lichtenberger Lebensmittelkarte frische Fisch- und Seeische. Auf Abschnitt 215 E, J, K, G 1/2 Pfund Räucherwaren. Auf Abschnitt 219 E, J, K, G 1 Dose Marinaden zu Tagespreisen. Auf die feinerzeit für Knochenabgabe erteilten Gutscheine wird in den städtischen Verkaufshallen Kronprinz- und Marktstraße Margarine verabfolgt. Unter Vorlegung der Lichtenberger Lebensmittelkarte kann in der Zeit vom 18. bis 18. d. M. bei Aushändlung der erteilten Gutscheine auf je 10 Pons 25 Gramm Margarine zum Preise von 3 R. das Pfund entnommen werden.

Spandau, Lebensmittel. Stadtsseitig verteilte Lebensmittel gelangen von Donnerstag, den 16. Mai, ab in den Lebensmittelhandlungen der Stadt zum Verkauf.

Tegel, Lebensmittel. Auf Abschnitt 214 der Gemeindevirtschaftskarte können vom Mittwoch, den 15. bzw. Donnerstag, den 16. d. M. ab in den bezüglichen Geschäften 100 Gramm Griech zu 7 Pf., zwei Suppentücher a 10 Pf. und 1 Pfd. Rührmittel zu 75 Pf. entnommen werden. — Vom Montag, den 13. d. M. ab eröfnen sich die Preise in der hiesigen Mittelstandsfläche auf 1 R. und in der Riegelstraße auf 60 Pf. für die Portion. — Versuchsweise werden im Monat Juni die Lebensmittelgeschäfte abends um 7 Uhr geschlossen, mit Ausnahme der Sonnabende, wo der Geschäfteabschluss erst um 8 Uhr erfolgen darf. — Für die Kinder im Alter von 4—8 Jahren wird vom Montag, den 13. d. M. ab ein Ei für 88 Pf. verabfolgt. Vorzulegen ist die Milchkarte für Mai.

Friedrichshagen, Lebensmittel. Heute gelangt auf Sonderabschnitt I der gelben Lebensmittelkarte je eine Dose Fischlieferanten nach Vorrat zur Verteilung. Diejenige, die diesmal nicht beliefert werden können, werden bei der nächsten Verteilung berücksichtigt. — Ferner gelangen bis Donnerstag auf Abschnitt 92 je 2 Pfd. Marmelade a 92 Pf. zur Verteilung.

Ramstedt, Lebensmittel. Heute findet in den Verkaufsstellen der Gemeinde der Verkauf von Salzheringen auf folgende Nummern des Ausweises statt: Winkel 1—800, Rudow 1—800, Heener 1—800, Frommert 1—800, Müller 1—800. In der Verkaufsstelle Umlandstr. 5 findet heute der Verkauf von Knochen statt. Es erfolgen auf den Kartenabschnitt 42 der allgemeinen Lebensmittelkarte Nr. 2254—2254 1 Pfund Knochen zum Preise von 20 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Niederschönhausen. Morgen, abends 8 1/2 Uhr, bei Rettig, Plantenburger Str. 4, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. Verschiedenes.

Alt-Glienide. Donnerstag, den 16. Mai, abends 8 Uhr, bei Pohn, Alt-Glienide, Grünauer Str. 55, Mitgliederversammlung. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Rudolf Wissell über: „Deutschland im Kampf für Frieden und Freiheit“.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Mäßig warm, veränderlich, vorwiegend wollig, öfter leichte Regenschläge.

Pioniere.

Roman aus dem Norden von Ernst Diding.

Algren sagte zu seiner eigenen Überraschung die letzten Worte laut. Da bekam er Angst, zog sich Foppe und Müge an und ging hinaus.

Draußen war es kühl. Als er an den Nebenbaracken vorbeiging, nahm er ganz unwillkürlich einige Stricke, die an einem Nagel an der Wand hingen, und steckte sie in die Tasche, ohne zu wissen, was er tat. Sein ganzes Gehirn war wie ein ausgeblasenes Ei.

Erst als er ein Stück den Kuolja hinaufgestiegen war, begann die Gedankenmaschine wieder zu funktionieren. Aber er bekam von neuem Angst vor sich selber und versuchte sich mit allerhand Grübeleien über die Bahn und den Tunnel und die Belastung und den Antriebs zu beschäftigen. Besonders hatte er sich an den Berechnungen des Fehlers der Längsachse fest, und was für Folgen es haben würde, wenn er selber sich verrechnet hatte. Dann wäre er unfehlbar erledigt. Alle Menschen würden ihn auslachen. Nun, was tut es dir, dachte er. Dann bist du schon lange fort.

Er schauerte im Gehen zusammen. Obwohl er noch nicht lange unterwegs war, befand er sich schon oben zwischen den Schneeflecken. Die haben so merkwürdig auch gegen das zarte Grün der Birken. Ein bißchen grauhaft, lanernd, hart. Er blickte um sich. Der Platz war nicht schön. Er stieg höher und höher. Es wurde freier, weiter, geräumiger. Die Bäume waren noch zahl. Eine besonders kräftige Birke erregte sein besonderes Interesse. Sie war alt und knorrig. Sie lehnte sich gegen einen großen Stein und hatte hoch oben einen schönen Ast. Das passte gerade.

Er hörte ein schwaches Riefeln. Er blickte umher. „Nein, hier war kein Bach. Was das Riefeln in seinem eigenen Herzen? Nein, der Laut kam von unten, von seinen Füßen her. Er beugte sich ganz tief nieder, bis er der Länge nach im Schnee lag und latschte. Er hörte deutlich den Bach

unter der Schneedecke riefeln. Es war eine liebliche, leise Melodie, die einschläferte, ein ewiger Ton von den Quellen des Lebens. Er lag lange und träumte. Und er lachte.

Dann plötzlich fuhr er auf, als hätte er etwas ver-gessen. Er ging rasch auf den Stein unter der Birke zu, sprang hinauf, zog den Strick aus der Tasche und warf ihn in einer Schlinge über den Ast, den er vorher gesehen hatte. Er hängte sich mit den Händen an die Schlinge, um sich zu vergewissern, daß der Ast hielt. Er sank so tief, daß die Knie den Stein berührten. Er richtete sich auf. Er brauchte nur einen einzigen Schritt vom Stein fortzumachen, dann... Es würde schon gehen.

Eine Blaumeise, die unten im Walde sang, fesselte eine Weile seine Aufmerksamkeit, und dann stand er lange und blickte auf die Landschaft.

Er sah den Bahndamm die Berge durchschneiden, sah die Rollenschatten, sah das kleine Dampfboot, das jetzt an der andern Seite des Sees landete, schließlich blieb sein Blick auf der langen Wolke im Norden haften, hinter der sich die Sonne vertrocknen hatte und die daher an der oberen Seite einen breiten, leuchtenden Saum trug. Da beschloß er, wenn die Sonne wieder heraus käme, sollte es geschehen, — sollte es geschehen, unwiderruflich.

Die starken Willen sollen die Welt beherrschen, ging es ihm durch den Sinn. Er lachte förmlich, wie er da stand und auf die Wolke starrte. Nun hatte er auch einen starken Willen. Er besiegte die Welt — das Leben.

Jetzt sah die Wolke aus wie eine lange, blauegraue Schlange, die nach Westen kroch. Jetzt wurde der Schwanz durchsichtiger, schimmerte rot, der Rücken färbte sich golden; und dann war die Sonne wieder da.

Den Blick unausgesetzt auf die Sonne geheftet, legte er sich sorgfältig die Schlinge um den Hals und stieg vom Stein in die Ewigkeit hinein.

Als Algren nach zwei Tagen noch nicht zurück war, wurde Hansson unruhig. Hjort und die Lappenpolizei unten in Tornehamn wurden benachrichtigt, und unterdes machte sich die ganze siebenundzwanzigste Schicht auf die Suche, den Kuolja hinauf, da Raja behauptete, sie habe ihn in der Witt-

Sommernacht dort hinauf gehen sehen. Nach einigen Stunden fanden sie ihn auch. Hansson wagte nicht ihn anzusehen. Stölb aber schnitt ihn ab und trug ihn auf seinen starken Armen ganz allein zu den Baracken hinunter.

Erstes Kapitel.

Algren bekam recht.

Als die beiden Tunnel, die sich von jeder Seite in den Berg hineinbohrten, sich einander näherten, merkten die Ingenieure bald, daß ein Fehler passiert war. Man brachte es so gut man konnte in Ordnung, aber doch dämpfte es die Freude etwas, die sich natürlich Bahn brach, als die letzte Scheidemauer zwischen den beiden Tunneln fiel.

Trotdem aber särgten die Arbeiter hurra, daß die Steine an der Tunnelwand herunterrollten und die Laternen von dem Luftzuge fast erloschen. Die vielen Hände, die durch das erste Loch nacheinandergriffen, drückten sich mit einer Kiefen-kraft, die von der Arbeit noch nicht gebrochen war. Jetzt konnte man auf die Lavinen draußen pfeifen, jetzt war die schlimmste Ruß geknackt, der Kuolja war besiegt.

Die Arbeiter schrien auch deshalb hurra, weil sie wußten, daß ihnen jetzt eine Ferienwoche winkte. Das war ein unverbrüchliches Versprechen, das Landström und Hjort ihnen gegeben hatten. Diese freie Woche hatten die Tunnelarbeiter ehrlieh verdient, durch die rasende Eile, mit der die Arbeit in den letzten Monaten betrieben worden war. Der Tunnel hatte Tag und Nacht von Sprengschüssen gedöhnt. Jetzt schlug die Stunde der Feste und der Freude.

Schon seit langem hatte die siebenundzwanzigste Schicht für das Fest gesammelt. Es sollte ein Jubel werden, wie Lappland ihn noch nicht gesehen hatte. Die Arbeiter von diesem Vorfat abzubringen, wäre ebenso unmöglich gewesen, wie einen Fluß bergauf rinnen zu lassen. Hjort hatte ihnen auch die Erlaubnis gegeben, eine tüchtige Portion Alkohol aus Narvik zu holen, und Hansson, der den verantwortungsvollen Auftrag und Vollmacht von den Kameraden bekommen hatte, hatte einen ordentlichen Reisefischling mit, als er sich auf den Weg machte.

(Fort. folgt.)

Jugendveranstaltungen.

Arbeiterjugend Neufahrn. Heute, Dienstag, abends 8 Uhr: Eröffnung des Jugendheims in den Räumen der städtischen Volkshalle, Berliner Straße 96/97 part. Alle jungen Arbeiter und Arbeiterinnen Neufahrns sind willkommen. Der Eintritt ist frei. — Donnerstag: Im Jugendheim, abends 8 Uhr, Vortrag des Genossen Baumgärtner: Eine Reise durch Amerika.

Briefkasten der Redaktion.

100 W. G. Sie möchten sich mit Ihrer Anfrage an das Betriebsamt wenden. — R. G. 3. 1. Die Strafe ist nicht gelöst. Sie müssen sie vor Gericht angehen. 2. R. G. 3. 2. — R. G. 27. Wenn das Gehalt 3000 M. im Jahre beträgt, sind Sie auch als Soldat zur Zahlung der Staatssteuer verpflichtet. — Berlin 1918. 1. Wenn der Vater des Kindes nicht zum Verdienst eingezogen ist, haben Sie keinen Anspruch auf Reichswohlfahrt. 2. R. G. 3. 3. Wenn der Vater kein Recht dazu hat, die Strafenklasse ist zu feineren Leistungen verpflichtet. — W. G. 69. Sie haben keinen Anspruch auf Urlaub und werden sich daher gedulden müssen, bis die Reihe an Ihnen ist. — W. G. 35. Die Stelle sind beschlaghaft, und es ist deshalb wohl möglich, daß sie bei dem Gerber abgeholt worden sind. Fragen Sie deshalb bei der Reichsbeschickungsstelle, Marktgraben 42, nach. W. G. 26. Es wird sich wahrscheinlich um die Kriegsfördernde deutscher Frauen handeln, die auch heute noch besteht. Adresse: Privatamt der Frau Kronprinzessin, Potsdam, Neuer Garten. — W. R. W. Darüber können wir nur urteilen, wenn wir den genauen Inhalt und die Gesamtentendenz des Blattes kennen. — Schwed. Das dürfte, wenn nicht zwingende Gründe vorliegen, sehr schwierig sein. Sie möchten sich zu diesem Zweck an das hiesige Volkspolizeiamt wenden. — Verbot im Osten. Das können wir ganz genau auch nicht angehen. Sie müssen annähernd das Doppelte des alten Kaufpreises rechnen. — G. C. 100. Neuer Fahrpreis, günstige Zugverbindungen usw. können wir bei den jetzigen Verkehrsverhältnissen unmöglich Auskunft geben. Danach müssen Sie sich schon selbst in den amtlichen Auskunftsstellen der Bahnhöfe, in Ihrem Falle im Bahnhofsamt, erkundigen. — Alter Abschied. Bestimmte Verträge empfehlen wir nicht. Im Berliner Abdruck, Teil II Seite 238, finden Sie ein Verzeichnis der in Betracht kommenden Verträge. — Gimbhorn-Pinnberg. Graf Rolffe hat gegen das gleiche Wahlrecht gestimmt. — R. Z. 11. Da der Brief muß aber offen geschickt werden.

Gewinnauszug der 11. Preussisch-Preussischen (37. Königlich Preussischen) Klassenlotterie

5. Klasse 5. Ziehungstag 13 Mai 1918

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und die zweite Nummer in den beiden Ziehungen I und II

Table with columns for prize amounts and winning numbers. Includes sub-headers like 'Ohne Gewähr u. d. L. u. S.' and 'Nachdruck verboten'.

Table with columns for prize amounts and winning numbers, continuing the lottery results.

In der Nachmittags-Ziehung wurden Gewinne über 340 M. gezogen: 4 Gewinne zu 15 000 M., 2335 214418, 4 Gewinne zu 5000 M., 17619 214863, 70 Gewinne zu 3000 M., 1563 5550 12035 25102 26429, 28*89 49141 50454 53056 54934 57536 65280 69317 69893, 70110 78486 78816 83638 90414 120185 126330 132662, 147542 147986 150913 163919 169565 179248 183315 187185, 190289 191017 215673 229521 230920, 134 Gewinne zu 1000 M., 29 3584 4070 6864 9077, 8993 11177 11690 13919 14977 22797 25721 26622 32897, 33451 37897 45172 50678 53441 64939 67374 70408 70553, 73204 73433 75252 85443 94432 102313 102889 105206, 109294 110686 111294 111738 113303 116676 121057 121184, 122546 123756 125157 127142 129088 129120 136143 138247, 140972 143258 149277 152290 156514 173377 177172 178699, 180730 184644 189906 188644 194441 196224 201138 202896, 209132 212598 215058 230631, 176 Gewinne zu 500 M., 1937 3893 6240 6664 8670, 8950 14166 29583 31275 35101 46356 47061 50608 51208, 54618 59548 59944 59402 62087 62473 63266 64222 64837, 66173 67644 67767 67774 68130 69875 73043 73542 74612, 75306 76850 83193 84828 84976 94836 99032 100236 100430, 102920 104158 110870 115074 115547 116728 126754 132112, 133122 133374 133729 134559 136362 138263 138526 138643, 139340 142003 148307 150053 150615 156328 157109 160763, 172777 176352 178434 178503 178893 180967 188835 190376, 194289 195832 201307 203246 208467 209445 210285 212770, 213825 219384 225031 225685 227979 229415 231273

Direktion Max Reinhardt. Deutsches Theater. 7 1/2 Uhr: Der eingebildete Kranke. Vorher: Ballett. Kammerstücke. 8 Uhr: Sumuru. Volksbühne. Theater am Bülowplatz. Untergrund. Schön. Tor. 7 1/2 Uhr: Othello.

Theater der Friedrichstadt. Ecke Friedrich- u. Linienstr. Nord. 8.50. Täglich 7 1/2 Uhr: Familie Hannemann. Hans Junkermann, v. Möllendorff, Alice Tornig, Richard Georg.

NATIONAL-THEATER Cöpenicker Straße 68. Ausschneiden! Die ist richtig! Größter Lacherfolg! Größter Lacherfolg! Orobaster-Sessel statt 5.50 M. 2.50 inkl. Mittel-Rang-Balkon 3.50 1.50 inkl. Parkett-Sessel 3.00 1.00 Garderobe. Sonntag, den 12. Mai, 3 1/2 Uhr: Johanniseier. 1. und 2. Pflanztagstag 3 1/2 Uhr: Johanniseier. Ab 15. Mai 7 1/2 Uhr: Mäuschen. Militärschwank m. Musik von Walter Bromme.

Vom 10. bis 18. Mai werde ich in Berlin, Hotel „Prinz Heinrich“, Dorotheenstraße 22 anwesend sein, um künstliche Augen direkt nach der Natur für meine Patienten anzufertigen und einzuspännen. Fabrikant künstlicher Augen aus Wiesbaden. F. Ad. Moller.

Mittags von 1-3 geschlossen Kolonial-Teppiche und Matten (ovale Form) Bast- u. Kokosfasergeflecht. Echte Perser- und Deutsche Teppiche Abgip. Sofa bezüge mit Einfassungsgläsch usw. Gardinen, Läufertstoffe, Tisch- u. Diwanddecken, Linoleum empfiehlt! Teppich-Spezialhaus Emil Lefèvre Berlin-Süd. Seit 1882 nur Oranienstraße 158. Mein althek. Haus hat keinerlei Beziehung zu laut. Firma!

Theater des Westens. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Leopoldine Konstantin in Die Tänzerin. Theater in Königgrätzer Str. 7 1/2 Uhr: Die Schwwestern und der Fremde. Komödienhaus 7 1/2 Uhr: Die Zarin. Berliner Theater 7 1/2 Uhr: Blitzblauwe Blut.

Busch. Tägl. 7 1/2, Stg. 3 1/2, u. 7 1/2. Die beliebte Ausstattung-Pantomime Frühlingsspiele in 4 Akten mit der lustigen Wasserszene! Vorher: Das neue Mai-Programm.

Der „Hias“ ein feld-graues Spiel. Täglich 7 1/2 Uhr abends Morgens Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr: Familien- u. Schüler-Vorstellung zu kleinen Preisen. Palast-Theater am Zoo.

Ziehung 6. — 11. Juni. +Kriegs+ Geld-Lotterie des Preussischen Landesverbandes vom Roten Kreuz 17.51 Goldgewinne aus. Mark 600000 100000 50000 Lose zum amtlich. 3 M. Preis von 1.00 Postgeb. u. Li. 45 Pf. H. C. Kröner Berlin W8, Friedrichstr. 193a Ecke Leipziger Straße.

Spezialarzt Dr. med. Dahmann für Geschlechtskrankheiten, Haut-, Harn-, Frauenleiden, nervös. Schwäche, Bekrankte. Behandlung schnell-sicher u. schmerzlos ohne Berufsunfähigkeit in Dr. Homeyer & Co. konz. Labor. f. Blutunters. Fäden im Harn usw. Friedrichstr. 61, gegenüb. Königstr. 56/57, Rathaus. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1. Honorar mäßig, a. Teilszahl. Separates Damszimmer.

Kennen Sie die Wohltat einer Leihbinde? Sämtliche Systeme am Lager resp. nach Maß anfertigen, sowie Bruchbandagen Art. Artikelz. Gesundheits- und Krankenpflege. Pollmann, Bandagist, Berlin N., Lohringstr. 60. * Lieferant für Krankenkassen.

Theater für Dienstag, 14. Mai. Central-Theater Kommandantenstraße 57. 7 1/2 Uhr: Die Csardasfürstin. Deutsches Opernhaus 7 Uhr: La Traviata. Friedrich-Wilhelmst. Theater 7 1/2 Uhr: Das Dreimäderlhaus. Kleines Theater 7 1/2 Uhr: Nante. Komische Oper 7 1/2 Uhr: Schwarzwaldmädel. Lustspielhaus 7 1/2 Uhr: Die blonden Mädels v. Lindenhof. Residenz-Theater 7 1/2 Uhr: Der junge Zar.

Metropol-Theater 7 1/2 Uhr: Die Rose von Stambul. Neues Operettenhaus 7 1/2 Uhr: Der Soldat der Marie. Schiller-Theater O 7 1/2 Uhr: Der letzte Funke. Schiller-Th. Charl. 7 1/2 Uhr: Ein Erfolg. Thalia-Theater 7 1/2 Uhr: Unter der blühenden Linde. Theater am Nollendorffplatz 7 Uhr: Von allen Dörfern.

Concordia - Lichtspiele. Andreasstraße 64. Nur Dienstag bis Donnerstag Lotte Neumann in „Die Buchhalterin“ und 2 weitere Schlager.

Norddeutsche Gemüsebau-Genossenschaft e. G. m. b. H. Berlin C 2, Burgstraße 27. 1 Wagon rötlicher Rhabarber angekommen. Abgabe von 20 Pfund für 5 Mark an Mitglieder täglich 9-12 und 5-8 in unseren Verteilungstellen: Rottbuerer Straße 18 (beim Rottbuerer Tor), Petersburger Straße 4a (an der Frankfurter Allee), Koppenhauer Straße 4 (an der Schönehauser Allee), Buchstraße 3 (beim Bahnhof Qualitätstraße). Nächste Woche kommt neuer Wagon Rhabarber. Aufnahme neuer Mitglieder in den Verteilungstellen während obiger Geschäftsstunden und im Verwaltungsbüreau, Burgstr. 27, tags 10-7. Nur Selbstverbraucher werden aufgenommen. Zwischenhandel ausgeschlossen.

Spezialarzt Dr. med. Laabs beh. schnell, gründl., mögl. schmerzlos u. ohne Berufsunfähigkeit. Geschlechtskrankheiten, gichtige Haut-, Harn-, Frauenleiden, Schwäche, Grippe, Rheum, Harn- und Blutuntersuchung. Königstr. 34/36, Alexanderpl. Spr. 10-1 u. 5-8, Sonnt. 10-1

Ungewöhnliche Erwerbs-Möglichkeiten. Meist die nächste Zukunft. Eine tiefgreifende Änderung unseres gesamten Wirtschaftslebens, ein gewaltiger Aufschwung unserer Industrie u. des Handels steht bevor, und es werden überall geschulte Kräfte gesucht sein. Angehörige technischer Berufe u. Handwerker sollen nicht verpassen, ihre Kenntnisse und Fertigkeiten der kommenden Zeit anzupassen, um teilzunehmen an den wirtschaftlichen Erfolgen, die naturgemäß das Ergebnis der gewaltigen Ringens sein müssen. Das beste Mittel, rasch und gründlich ohne Lehrer, durch einfachen Selbstunterricht eine gründliche Ausbildung in technischen Wissenschaften zu erwerben, sind die technischen Selbstunterrichtswerke „Spezial-Kursus-Handb.“, 50 S., starkes Brauchschere kostenlos. Bonnes & Hochfeld, Potsdam, Postfach 167

WINTERGARTEN. Paul Göbel der Urkomische. Chester Dieck Exotischer Radfahrakt „Durga“ das fliegende Piano sowie der große Mai-Spielplan!

Rose-Theater. 7 1/2 Uhr: Bachstelzchen. Trianon-Theater 8 1/2, Friedrichstr. Ztr. 4927, 2391 1/2, Zum 154. Male: Der Lebensschüler. West. Kaiser-Theat. Bild. Plink Heute 7 1/2 kl. Pr.: Schneewittchen. Donnerst. 7 1/2 kl. Pr.: Rotkäppch. Casino-Theater Kollbringer Str. 37. Tägl. 7 1/2 u. 10. Nur noch kurze Zeit das beste Familienbild Anna's Traum. Vorher: Spezialitäten. In allen Feiertagen 4 Uhr: Waiensgauer.

Varieté u. Lichtspiel-Theater Schloßbrauerei Schöneberg. Hauptstr. 122/123. Direktion: Ernst Krämer u. James Meyer. Jeden Freitag vollständig neues Programm! Heute das große Programm. Beginn Sonntag 4 Uhr, Wochentags 6 Uhr. Konzert + Varieté + Lichtspiele. Täglich Vorstellungen im neu renovierten Theater-Prachtssaal, bei schönem Wetter im ca. 6000 Personen fassenden herrlichen Naturgarten.

H. Pfau, Bandagist Berlin Direksenstr. 20 C. stoffl. Schuh. Alexanderplatz u. Folieplatz. — Amt Kat. 2308 Für Damen Frauen-Bedienung. Lieferant für alle Brandentaff.

Spezialarzt Dr. med. Reinhardt, Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr. 10-12, 2, 6-9. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Roborantien, erfolgreich. Desinfizieren. Teilg. Liebes 8. Hart. Broch. 0.6008. nach außerhalb verschlossen 1 M.

Apollo-Theater Friedrichstr. 218 7 1/2 Uhr: Paul Beckers Deutschlands bester Komiker sowie 12 erste Varieté-Attraktionen Sonntag 3 1/2 Uhr jeder Erwachs. 1 Kind frei!

Reichshallen-Theater. Allabendlich 7 1/2 Uhr: Stettiner Sänger. Reichshallen-Saal 7 1/2 Uhr: Großes Blüthen-Konzert. -Cigaretten 1000 I E 85-88 M. 1000 I F 115-120. Versand durch Nachnahme oder Vorherkaufsendung. Einzelverkauf von 100 Stück an. Verkauf nur an Verbraucher u. Restaurateure. Fredy Cigaretten-Vertrieb Norden, Berlin N 54, Brunnenstraße 17. Fernruf Norden 2343. * Großteil ununterbrochen von 9-7 Uhr.

Nähmaschinen gebraucht, einzeln sowie in Posten zu höchsten Preisen zu kaufen gesucht. Angebote unter V. 1179 an Haasenstien & Vogler, Berlin.

Spezialarzt Dr. med. Hasché, Friedrichstr. 90 direkt am Stadtbahn. Behandl. von Syphilis, Gonorrhoe, Frauenleiden, (bes.) chron. Fälle. Schmerzlos, fürgezte Befandlg. ohne Berufsunfähigkeit. Blutuntersuchung. Präz. Briefe Teilzahlung. Sprechstunden 1. bis 11 u. 5-8, Sonnt. 11-1

Spezialarzt Dr. med. Coleman Friedrichstraße 91/92 an der Dorotheenstr. Syphilis, Haut-, Harn-, Geschlechts-, Frauenleiden. Sex. Neurasthenie, Kürs. Beh. ohne Berufsunfähigkeit. Teils. Harn- u. Blutuntersuchungen. Sprechst. 10-1; 5-8; Sonntag 10-1. 143L

Walhalla-Theater. 7 1/2 Uhr: Donauliebchen. Admiralspalast. Novität Die Prinzessin von Tragant. Sajdah Deutsche Tänze 7 1/2 Uhr. 2, 3, 4, 5, 6 M.

Was muß der Mann vor der Ehe wissen? Von R. Gerling. — 81. Tausend. Das Erwachen der Liebe und Wesen der Ehe. — Abstammung und Vererbung. — Die Entstehung des Menschen. — Das Verlieben. — Die Vergangenheit des Mädchens. — Geschlechtskrankheiten. — Folgen in der Ehe. — Erziehung zur Ehe. — Wie soll die Frau beschaffen sein? — Wie lernt man das Mädchen kennen? — Brautnacht und Plückerwochen. — Das Benehmen des jungen Gatten. — Kindersegen. — Vertrauliche Worte. — „Wiener Montagszeitung“: Gerling hat es meisterhaft verstanden, den Ton zu finden, der zum Herzen geht. Freimütig und offen, wie im vertraulichen Zwiesgespräch spricht der Mann zum Manne. Dank für alle die Lehren, die Sie in ihrem trefflichen Buche in so hingebender und idealer Weise ausgesprochen haben. In den meisten Punkten habe ich erst durch Ihre lichtvollen Ausführungen Klarheit gewonnen. C. B., Lehrer. — Preis 2.60 M., Porto 20 Pf.

Ein Grundstück mit großem Obstgarten (40 Bäume) ist zu verkaufen. 5000 Frau Schwanz, Zehdenick i. M. Damhorststraße 39. Kluge Handwerker bereiten sich vor für den neuen gewerblichen Aufschwung, erhöhen jetzt ihre Kenntnisse und Fertigkeiten und sichern sich damit eine gute Existenz oder glänzende Stellung. Verlangen Sie von mir sofort umsonst einen illustrierten Katalog über anerkannt gute, erprobte und lehrreiche Fachbücher, die Sie in Ihrem Berufe fördern und vorwärtsbringen. * Für jedes Handwerk. An Militär nur gegen Einsendung von 25 Pf. für Porto, da Versand als Feldpost nicht zulässig. Befrag genau angeben. Carl Hermann Ludwig, Breslau 23, 147.

Kostüme, Regenmäntel imprägniert. Röcke, Wintermäntel, nur aus allerbesten Stoffen gibt jetzt auch an Private. Bilski, Damschneidfabrik 30, Hof Erdgesch. Spezialarzt Dr. med. Reinhardt, Potsdamerstr. 117 a. d. Lützowstr. 10-12, 2, 6-9. Syphilis, Harn-, Frauenleiden, Blutuntersuchungen, Roborantien, erfolgreich. Desinfizieren. Teilg. Liebes 8. Hart. Broch. 0.6008. nach außerhalb verschlossen 1 M.

Zahngebisse, Platin. Gr. 7.00, Seiten. Ringe, Schiefe Laust. Frau Wagner, Kollbringer Str. 18 (Alexanderplatz) Tabakpflanzen 50 Stk. 3 M., 100 Stk. 5.50 M. Kunz, a. Behd. b. Zahnl. vor u. nach d. Ernte u. Anzucht u. Bgarmachen liegt jeder Sendung bei. E. Hecht, Gartenbau, Berlin-Schönholz N.

Orania-Verlag, Oranienburg bei Berlin 92.

Dritte Lesung der Wahlrechtsvorlage.

148. Sitzung des Abgeordnetenhauses,
Montag, den 18. Mai 1918.

Am Ministerische: Dr. Friedberg, Dr. Drehs,
Vizepräsident Dr. Porck eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Mi-
nuten und teilt mit, daß der Präsident leider durch Krankheit ver-
hindert ist, die Verhandlungen zu leiten.

Zur dritten Lesung der Wahlrechtsvorlagen liegen wieder
zahlreiche Anträge

vor. Die Fortschrittler und die Mehrheit der Na-
tionalliberalen beantragen, die Regierungsvorlage wieder-
herzustellen und das gleiche Wahlrecht festzusetzen. Beide Parteien
haben auch ihre Anträge auf Einführung der Verhältniswahl in
den großen Wahlbezirken und in den Ostmarken wieder eingebracht.
Som Zentrum liegen die Sicherungsanträge
wieder vor.

Weiter haben die Abg. Lohmann, Rathmann, Fahrman
und Hauwer einen Antrag eingebracht, wonach eine Zusat-
zstimmte erhalten soll, wer 50 Jahre alt ist, wer 10 Jahre in einer
Gemeinde wohnt, wer mehr als 10 Jahre als Beamter, als Mitglied
einer Körperschaft des öffentlichen Rechts tätig war, und wer in
einem Berufsberuf tätig ist.

Auf Vorschlag des Vizepräsidenten soll zunächst eine all-
gemeine Aussprache stattfinden. Dann soll über die ersten
Artikel des Verfassungsgesetzes beraten werden, ferner über die
Sicherungen, sodann über die Zusammensetzung des Herrenhauses,
weiter über die Wahlen zum Abgeordnetenhaus und schließlich über
die letzten Artikel des Verfassungsgesetzes. Darauf soll eine
Gesamtstimmung über alle drei Gesetze in einer Abstimmung
erfolgen.

Abg. Dr. Porck (Z.):

Es ist nicht möglich, irgend etwas Neues zu sagen. Wir wollen
daher nur unsere Abstimmung rechtfertigen. Das wird uns einigerm-
maßen ersparen, weil die Dinge noch im Flusse sind, weil sich noch
nicht überleben läßt, wohin sie laufen. Das wird erst möglich sein,
wenn die Vorlagen, falls sie überhaupt soweit gedeihen, aus dem
Herrenhaus an uns zurückgelangen. Der von weiten Kreisen
des Volkes mit großer Dankbarkeit aufgenommenen Julierlaß
ist mehr als die Ankündigung einer Vorlage in einer Thronrede.
Wir haben aber zu prüfen, was geschieht, wenn die Einführung des
königlichen Wortes abgelehnt wird. Wir waren bereit, auf dem
Boden des gleichen Wahlrechts zu einer Verständigung mit einer
möglichst großen Mehrheit dieses Hauses und mit der Regierung zu
gelangen. Wir werden auch in Zukunft dazu bereit sein. Da sich
nicht überleben läßt, ob bei einer Änderung des Wahlrechts im
Sinne des gleichen Wahlrechts nicht unter Umständen radikale
Veränderungen in dieses Haus eingeleitet werden, mühten wir uns
die Frage der Sicherung der Grundlagen des Staates vorlegen.
Daraus sind die Sicherungsanträge entstanden. Das gegenwärtige

Verhältnis zwischen Staat und Kirche

kann sicher nicht als eine Schwächung des Staates durch die Kirche
aufgefaßt werden. Ebensovienig ist die grundsätzlich konfessionelle
Schule unerträglich. Wir wollen uns daher sichern, daß diese
Grundlagen des staatlichen Lebens nicht leichtfertig durch eine plötzliche
aufstrebende Mehrheit verändert werden. Wir vertreten dabei nicht
einseitig katholische Interessen, es ist das auch kein Kuh-
handel, sondern es ist nur der Ausdruck der Voraussetzung,
unter der wir bereit sind, das gleiche Wahlrecht in Preußen einzu-
führen. Evangelische Kreise begehren die gleichen Wünsche. So hat
sich der evangelische Arbeiterverein Deutschlands (168 000 Mitglieder)
in einer Eingabe in gleichem Sinne geäußert. Ferner haben 450
evangelische Pfarrer der Provinz Westfalen in einer Thronrede
ausgesprochen, daß durch die Einführung des gleichen Wahlrechts die
Erhaltung des christlichen Charakters unserer Volksschule äußerst
gefährdet würde. (Zuruf von rechts: Ablehnen!) Aus
dem Hauptquartier haben sie eine Dankbescheinigung erhalten, wonach
dem König die Erhaltung der christlichen Volksschule warm am
Herzen liege. (Erneute lebhaftes Zurufe rechts: Ab-
lehen!) Wenn Sie jetzt die Vorlage des gleichen Wahlrechts
ablehnen, dann ist diese Vorlage aus der Welt geschafft, aber die
Verhältnisse, die die Einbringung der Vorlage gezeitigt haben, sind
nicht aus der Welt geschafft. (Sehr richtig! bei einem Teil des
Zentrums und der Linken.) Dann haben Sie nicht etwa Ruhe,
sondern spätestens bei den nächsten normalen Wahlen zum Ab-
geordnetenhaus und zum Reichstag kommt die gleiche Forderung.
(Lebhaftes Zustimmung bei einem Teile des Zentrums und der
Linken.) Ueber kurz oder lang wird das Haus in die Notwendig-
keit versetzt werden, das gleiche Wahlrecht anzunehmen, mag man
das jetzt wollen oder nicht. (Erneute Zustimmung im Zentrum
und Links.)

Sehr wohl kann aber die Entwicklung der Dinge dazu führen,
was ich befürchte, daß auch noch

im Laufe des Krieges eine Auflösung

erfolgt. Ein solcher Fall wäre ein Unglück für unser ganzes Vater-
land, für unsere ganze innere Politik. (Lebhaftes Sehr richtig! im
Zentrum und links.) Bei einer abermaligen Vorlage des gleichen
Wahlrechts werden dann die Dinge nicht so geordnet, wie wir sie
mit unseren Anträgen ordnen wollen. Ich wiederhole, wir werden
bereit sein, im Rahmen und auf dem Boden des gleichen Wahl-
rechts zu einer Verständigung zu gelangen. (Lebhafter Beifall
im Zentrum und links.)

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.):

Die grundsätzliche Stellungnahme aller meiner politischen
Freunde ist in der zweiten Lesung zum Ausdruck gekommen. Wir
haben daran nichts zu ändern. Von wenigen Einzelheiten ab-
gesehen, werden wir auch in dieser Lesung für die Beschlüsse
weiter Zustimmung stimmen. Was insbesondere unsere Stellung-
nahme zu dem Gegenstand wegen des Herrenhauses an-
langt, so trägt dieser in gewisser Hinsicht ja doch nur provisorischen
Charakter, denn wir wollen doch abwarten, wie sich das Herrenhaus
selbst seine Zusammenfassung gestalten wird. Das wird jedenfalls
für meine politischen Freunde von erheblichem Einfluß sein. Wir
sind, wie ich in der vorigen Lesung schon gesagt habe, nach wie vor
bereit, an einer Verständigung auf der Grundlage
des Mehrstimmrechts mitzuarbeiten, um ein positives
Resultat aus dieser ganzen gesetzgeberischen Aktion herbeizuführen,
vorausgesetzt, daß sich diese Verluste im Rahmen des für unsere
Auffassung Erträglichen und des nach unserer Auffassung für das
Land Klügelnden bewegen. Eine solche Grundlage können wir aller-
dings in dem Antrag Lohmann nicht erblicken.

Abg. Ludwig (nail.):

Wir werden für die vom Zentrum gestellten Sicherungsanträge
stimmen und zwar unsere ganze Fraktion. (Bravo! im Zentrum.)
Die Majorität, für die ich spreche, tut das in der Erwartung und
Hoffnung, daß dadurch das Jubiläum des gleichen Wahlrechts
noch in diesem Hause gefördert werden und dadurch das Land im
gegenwärtigen Augenblick vor einer Neuwahl bewahrt
wird. Wir haben volles Verständnis dafür, daß die Regierung
grundsätzlich vor einer Neuwahl auch während des Krieges nicht
zurücktritt, wenn sich angesichts des hartnäckigen Widerstandes der
Majorität dieses Hauses gegen das gleiche Wahlrecht zur Ver-
meidung innerer Erschütterungen eine Neuwahl als staatsnotwendig
herausstellen sollte. Wenn sich aber die Einführung vermeiden läßt,
so halten wir es für unsere patriotische Pflicht, alles dazu zu tun,
was wir mit unserem Gewissen und unserer politischen Überzeugung
irgendwie vereinbaren können. Zwei Wege gehen nach dieser Richtung.
Der eine geht darauf hinaus, gewisse Modifikationen des Wahlrechts
in den Rahmen des gleichen Wahlrechts hineinzuarbeiten. Wir haben
uns Mühe gegeben, dies zu tun, haben aber seitens der rechts-

stehenden Gruppen dabei keinerlei Entgegenkommen gefunden. Wir
sehen in diesem Stadium davon ab, mit solchen Vorschlägen hervor-
zutreten. Dem in der zweiten Lesung abgelehnten
Antrag Lohmann konnten wir nicht Folge geben,
weil er den von mir angedeuteten Rahmen ver-
ließ; dasselbe gilt von dem neuen Antrag Loh-
mann zum Pluralwahlrecht.

Der zweite Weg bewegt sich in der Richtung der Zentrums-
anträge. Wenn wir ihm zustimmen, so folgen wir dabei dem
Appell, den der Ministerpräsident in der zweiten Lesung an dieses
Haus gerichtet hat. Selbstverständlich erwarten wir, daß das
Zentrum auch für das gleiche Wahlrecht stimmen wird und wir
hoffen auch, daß unsere Proporzanträge freundlichere Aufnahme
finden als in der zweiten Lesung. Uns leitete bei unserem Vor-
gehen die Überzeugung, daß

das gleiche Wahlrecht eine absolute politische Notwendigkeit
ist, dem die Wege zu ebnen wir für unsere Pflicht halten. Es gilt,
in großer Zeit den Flügel Schlag der innerpolitischen Zukunft recht-
zeitig zu erkennen.

Die Zukunft gehört demjenigen, die stark national empfinden,
zugleich aber auch bereit sind, der großen Masse des Volkes ein
weitgehendes gleiches Wahlrecht einzuräumen. Das hat die Krone
richtig erkannt, und diejenigen dienen der Monarchie am besten, die
sich darin folgen. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. Lüdicke (L.):

Wir haben vorläufig keinen Grund, von unserer Stellungnahme
in der zweiten Lesung abzugeben. Unsere Stellungnahme zu den
Sicherungsanträgen behalten wir uns vor, bis im Hause
eine Einigung über § 8 stattgefunden hat. Alle Sicherungen haben
nur bedingten Wert. Ein machungstüchtiges Parlament
wird sich leicht über Verfassungsbedenken hinwegsetzen. Nicht die
Sicherungen sind entscheidend, sondern das Wahlrecht. Wir stimmen
für Aufrechterhaltung der Kommissionsbeschlüsse zu § 8. Der Antrag
Lohmann kann die Brücke zu einer Verständigung zwischen der Staats-
regierung und uns bilden. (Hört! hört! links.) Wenn die Staatsregie-
rung bereit ist, auf dieser Grundlage mit der Krone zur Vermeidung
eines Verfassungskonflikts zu verhandeln, so sind wir gern bereit,
in eine nähere Prüfung des Antrags Lohmann einzutreten. Es
bestünde dann die Hoffnung auf eine Verständigung
aus Grund dieses Antrags, der dann allerdings abzuändern wäre.
Wir wollen gern etwas Positives schaffen für unser Volk und für
unser preußisches Vaterland. Das Wahlrecht, das wir schaffen, muß
aber geeignet sein, die Grundfesten des preussischen Staates zu er-
halten. (Beifall rechts.) Das gleiche Wahlrecht, das die Sozial-
demokratie nur als Mittel zum Zweck, als Waffe zur Erlämpfung
der Macht im Staate betrachtet, tut das nicht, und wir können es
nicht bewilligen. Wir hoffen, daß die Regierung zu einer entgegen-
kommenden Erklärung bereit ist. Kommt es im anderen Falle zu
einem Verfassungskonflikt — wir wissen uns von jeder
Schuld frei. (Beifall rechts. Lachen links.)

Abg. Dr. Pahnke (Sp.):

Wir lehnen die Sicherungsanträge der Zentrumspartei auch in
dritter Lesung ab. Eine Begründung halten wir nach dem, was wir
erst vor wenigen Tagen darüber gesagt haben, nicht mehr für er-
forderlich. Jetzt ist keine Zeit für Worte mehr, das Land will eine
Entscheidung haben. (Sehr wahr! links.) Das Land will sehen,
wer unebelbar bleibt, unebelbar auch durch das große Erleben
dieses Krieges. Das Land will sehen, wer die Opfer nicht bringen
will, die für seine Partei in der Aufgabe eines abgestuften Wahlrechts
liegen, und das Land will sehen, wer die Verantwortung dafür trägt,
daß die Massen, die in ihrer Hoffnung auf Erfüllung eines
königlichen Versprechens — das war es — getäuscht
sind, radikalisiert, und daß Strömungen dadurch verstärkt werden, die
gerade gegenwärtig besonders unerwünscht und geradezu bedrohlich
sind. (Lebhaftes Zustimmung links, ironische Zustimmung rechts.)
Wir werden den Wahlkampf im Lande ertragen ohne sonderliche
Erschütterung. In den Augen des Auslandes aber ist dieser Wahl-
kampf nur ein Beweis überlegener Stärke des preussischen und
deutschen Volkes. (Zustimmung links.) Wir fühlen uns so stark,
daß wir der Austragung dieses inneren Streites nicht aus dem
Wege zu gehen brauchen. Wir sind gewiß, aus einer solchen Wahl-
bewegung wird zuletzt das gleiche Wahlrecht hervorgehen und
damit ein verjüngtes und verstärktes Preußen. (Lebhafter Beifall
links.)

Abg. Dr. Lohmann (nail.):

Unser Antrag ist ein Entgegenkommen gegen die Vorlage der
Staatsregierung. Wenn die Sozialdemokratie behauptet, daß das
arbeitende Volk hierdurch geschädigt werde, weil es seltener ein
höheres Alter erreicht, so ist das nicht durchschlagend. Es trifft
nur für gewisse Berufe zu.

Der Redner verteidigt dann die weiteren Einzelheiten seines
Antrags und fährt fort: Ich bitte die Regierung, zu meinem An-
trage nicht nur in Wortsch und Worten sich zu erklären, sondern zu
den einzelnen Punkten zu sagen, welche Punkte mit der könig-
lichen Vorlage vereinbar sind und welche nicht. Daß eine

Möglichkeit der Verständigung

vorliegt, sollte jeder wissen, der Ohren hat zu hören, und der dabei
an einen bestimmten Vorgang im Wahlrechtsaus-
schuß denkt. Im Lande draußen marschiert der Gedanke des
gleichen Wahlrechts. (Hört! hört! links.) Das sage ich als
ungezügelter Gegner dieses gleichen Wahlrechts, der in seiner Wider-
standskraft nicht geschwächt ist. Man müßte blind und taub sein,
wenn man die Tatsache bestreiten wollte. (Hört! hört! links.)
Kommt es zu einer Auflösung oder Neuwahl, so
wird eine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht
hier einzutreten. Wir müssen mit der jetzigen Stimmung
rechnen und uns bemühen, diesen Konflikt aus der Welt zu schaffen,
nicht durch Unterwerfung, sondern durch ein Kompromiß.
Zu diesem Zweck ist unser Antrag gestellt. Wenn er auch augen-
blicklich noch wenig Aussicht auf Annahme hat, so hoffe ich doch,
daß er noch einmal die Brücke zur Verständigung bilden wird.
Mit großem Bedauern haben wir die Erklärung des Herrn von
Heydebrand vernommen, der unentwegt an den Beschlüssen zweiter
Lesung festhalten will. Wir werden für unseren Antrag stimmen,
werden dann die Regierungsvorlage ablehnen, werden aber
auch die Kommissionsbeschlüsse der zweiten Lesung ablehnen. (Bei-
fall links und Hört! hört!) Ich hoffe, daß aus den Verhandlungen
doch noch etwas zum Wohle unseres Vaterlandes herauskommt.

Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg:

Der Ministerpräsident bedauert, durch anderweitige Dienst-
geschäfte an der Teilnahme an der Sitzung verhindert zu sein. Er
würde sonst nochmals den Standpunkt der Regierung hier dargelegt
haben. Die Regierung hat schon bei der ersten Lesung mehrfach
ausgesprochen, daß sie geneigt wäre, auf Vermittlungsvor-
schläge einzugehen, die sich im Rahmen des gleichen
Wahlrechts halten. Sie hat deshalb auch den Sicherungen, die
von einer großen Partei des Hauses vorgebracht sind, ihre Zu-
stimmung erteilt. Es wäre ungerecht und undankbar, wenn ich nicht
anerkennen wollte, daß die vom Abgeordneten Lohmann
gestellten Anträge den ernstlichen Willen nach einer Verständig-
ung zeigen, und zwar in einer Weise, die ihnen ein gewisses Opfer
aus patriotischen Gründen auferlegt. Bei der Prüfung des An-
trags muß ich aber sagen, daß er mir nicht den beabsichtig-
ten Zweck zu erfüllen geeignet erscheint.

Ueber die Altersstimmungen siehe sich vielleicht noch reden.
Da handelt es sich um ein Moment, das sich vielleicht noch auf der
Grundlage des allgemeinen und gleichen Wahlrechts durchführen

läßt. Bei den anderen Vorschlägen habe ich Bedenken. Besonders
ansehbar ist die Voraussetzung des zehnjährigen Wohn-
sitzes in der Gemeinde. Der Korrektor ist davon ausgegangen,
daß der Gedanke in der Richtung der Vorlage läge, die das Wahl-
recht an einen einjährigen Aufenthalt im Wahlbezirk knüpfen. Aber
diese Voraussetzung, die wohl geeignet ist, die stark fluktuierenden
Elemente fernzuhalten, auf eine so lange Reihe von Jahren auszu-
dehnen, würde tatsächlich dazu führen, daß ganz besonders die Ar-
beiterbevölkerung benachteiligt wäre. In Berlin würde es noch
sehr zahlreichen Arbeitern möglich sein, die Erfordernisse zu er-
füllen, aber in industriellen Westfalen ist eine derartige Ver-
stärkung gar nicht anwendbar, namentlich nicht gegenüber den
Bergwerksarbeitern. Ich habe Gelegenheit genommen, mich mit
Arbeiterkreisen in Verbindung zu setzen und gerade von dieser Seite
ist mir ein ganz besonderer Widerspruch gegen eine derartige Ver-
stärkung laut geworden. Die schnell wechselnden Verhältnisse
gerade im Bergbau lassen es nicht dazu kommen, daß der Ar-
beiter sich so in der Gemeinde einbürgert wie es in Nummer 1 des
Antrages verlangt wird. Wenn man diesem Punkte nicht zustimmen
kann, dann erliegen sich die folgenden von selbst. Nr. 2, wodurch
Beamte ebenso gestellt werden sollen, wie diejenigen, die zehn
Jahre in der Gemeinde gelebt haben, geht davon aus, daß der Be-
amte seinen Wohnsitz nicht frei wählen kann. Aber wenn Nr. 1 ent-
fällt, dann sind auch Nr. 2 und 3 nicht zu halten. Bezüglich Nr. 4
ist oft betont worden, daß die Selbstständigkeitskriterien einen pluto-
kratischen Charakter hat und sich mit den Grundlagen des gleichen
Wahlrechts nicht in Übereinstimmung bringen läßt. (Sehr richtig!
i. Zit. u. links.) So sehr ich anerkenne, daß der Antrag von dem Be-
streben zu einer Verständigung ausgeht, so außerordentlich
leid tut es mir, zu erklären, daß er mit den Grundlagen des gleichen
Wahlrechts nicht vereinbar ist. Herr Dr. Lohmann hat dann schon
erklärt, daß er

zu einer Verständigung geneigt

sei, aber die Verständigung müßte nach einer ganz anderen Rich-
tung hin erfolgen, und erst wenn diesen seinen Wünschen, die er
nicht näher angedeutet hat, entsprochen wäre, könnte er sich auf die
sogenannten Sicherungen einlassen. Ich muß erklären, daß das
ein außerordentlich merkwürdiger Standpunkt ist. (Lebhaftes
richtig! im Zentrum.) Wenn man die Sicherungen für not-
wendig hält — sie werden nicht nur in katholischen, sondern
auch in evangelischen Kreisen für notwendig gehalten —, dann
stimmt man dafür. Oder man sagt, wie Herr Lüdicke, die Siche-
rungen sind mir nicht so wichtig, wie die Zusammensetzung des
Hauses, — dann muß Herr Dr. Lüdicke dafür sorgen, daß ein Wahl-
recht zustande kommt, das Befürchtungen nach jeder Richtung hin
ausschließt. (Zurufe bei den Freikonserwativen.) Das wird er
aber das erreicht er nicht. Glauben Sie denn, daß das Plural-
wahlrecht nur eine Session überlebt? Dann haben Sie schon ein
so zusammengesetztes Haus, daß die Regierung, wenn sie mit einer
Vorlage kommt, ganz sicher sein kann, daß das gleiche Wahlrecht
angenommen wird. (Sehr richtig! im Zentrum und links.) Des-
halb behauere ich, daß Sie dem Gesichtspunkt nicht folgen, den die
Abg. Dr. Porck und Dr. Bell mit genügender Schärfe hervor-
gehoben haben: daß dem, der Wert auf die Sicherungen legt, diese
auch notwendig erscheinen müssen, selbst wenn ein Pluralwahlrecht
eingeführt werden sollte. (Lebhaftes Zustimmung im Zentrum.)

Heute ist der Tag wo jeder sich mit seinem Gewissen nach der
einen oder anderen Seite hin entscheiden muß. (Zustimmung.) Da
mich ich fragen, ob es nicht wünschenswert wäre, nach irgendeiner
Richtung hin seinem Gewissen etwas abzugeben (Unruhe rechts), wenn wir die Folgen überdenken, die die Ableh-
nung der Regierungsvorlage nach sich zieht. Es ist ein Irrtum,
wenn man denkt, mit der Ablehnung sei die Sache abgetan. Das
ist nur die Exposition, das eigentliche Drama folgt erst nach. (Bei-
fall im Zentrum und links.)

Abg. Braun (Soz.):

Bei jedem Preußen müssen diese Kämpfe um das gleiche Wahl-
recht ein Gefühl tiefer Beschämung auslösen. Fast
in allen europäischen Staaten haben die Völker das gleiche Wahl-
recht, in Italien ist es während der Kriegszeit noch ausgedehnt
worden. England hat es zum Teil den Frauen gegeben, ebenso
hat Dänemark das Frauenwahlrecht eingeführt. (Hört, hört!
b. d. Soz.) Aber hier in Preußen, dessen Volk seine wirtschaftlichen
und kulturellen Leistungen auf allen Gebieten der Technik, der Kunst
und Wissenschaft neben jedem Kulturvolk sehen lassen kann, feißt
man um das gleiche Wahlrecht wie der Teufel mit Faust um die
Seele. Das tut man einem Volke an, von dem der Minister des
Inneren sagte, daß

draußen im Felde

alle den gleichen Kampf kämpfen, mit gleichem Heldennut in den
Tod gehen. Der Minister zieht daraus den Schluß, daß diesem
Volke, das so Wunderbares leistet, das gleiche Wahlrecht im Staate
gewährt werden müsse. Daß diese Auffassung nicht Gemeingut aller
Teile des preussischen Volkes ist, ist ein Zeichen eines beschämen-
den Tiefstandes unseres politischen Lebens. (Sehr wahr! b. d.
Sozialdemokraten.) Dieser Tiefstand offenbart sich vor allem auch
in den Gründen, die gegen das gleiche Wahlrecht von einem Heinen,
aber ausschlaggebenden Teil unseres Volkes ins Feld geführt wer-
den. Es war Herr v. Oldenburg-Januschau, der das Wort „Vollst-
stimmte, Gottesstimme“ umgewandelt hat in „Vollstimmte, Stimme
des Rindviehs“. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das ist der jenseitige
Hochmut, gepaart mit Verachtung des Volkes in Reinkultur, der
jenseitige Hochmut, unter dem wir in Preußen seit Jahrzehnten
leiden. Das wagt man einem Volke wie dem preussischen zu bieten,
das selbst nach dem Ausspruch des Fürsten Bülow die intelligenterste
Arbeitererschaft der Welt aufweist. Ihm mutet man zu, auf das Wahl-
bestimmungsrecht im Staate zu verzichten zugunsten jener kleinen
überlebenden Herrschaftsklasse, die für das geistige und wirtschaftliche
Leben unseres Staates nur von sehr geringer Bedeutung ist!
Welcher Geist in diesen konservativ-reaktionären Kreisen herrscht,
geht auch daraus hervor, daß z. B. ein Konservativer in der „Neuzeit-
zeitung“ bei den Erörterungen über das Wahlrecht das Nietzsche-
sche Parawort beifällig zitiert hat: „Den Herrschenden
wandle ich den Rücken, als ich sah, was sie jetzt herrschen lassen:
Schwärmern und marsten um Nacht mit dem Gesindel“. (Hört, hört!
b. d. Soz.) Das Gesindel, das ist das um das gleiche Wahlrecht
kämpfende Volk. (Hört, hört! b. d. Soz.) Derselbe Geist hat sich
seinerzeit auch dem Bürgertum entgegengestellt, als dieses größere
Macht im Staate erringen wollte, und damals ist dieser Widerstand
mit Hilfe der Arbeiter vom Bürgertum gebrochen worden. Jetzt er-
leben wir das Verwundene, daß, wie damals die Vertreter des alten
Regimes ein Ueberleben des liberalen Bürgertums fürchteten, jetzt
Vertreter des liberalen Bürgertums wie Dr. Lohmann sich gegen
das gleiche Wahlrecht wenden, weil sie von ihm ein Ueberleben der
Sozialdemokratie hier im Parlament befürchten und damit eine
Unterdrückung aller Stände durch eine Klasse. Darin irrt Herr
Lohmann. Wenn die Sozialdemokratie zur Herrschaft käme, so
würde jeder Unterdrückung ein für allemal ein Ende bereitet wer-
den. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Der Tiefstand unseres politischen
Lebens wird vor allem auch beleuchtet durch die Angst um den Wan-
delsbesitz, die sie bei diesen Erörterungen zeigt. Dabei beruht dieser
Wandelsbesitz auf einem Wahlrecht, das schon vor Jahrzehnten der
bedeutendste Staatsmann Preußens als das edelste aller Wahl-
systeme bezeichnet hat.

Die Herren fürchten eben vor allem für die Zukunft und das
mit Recht, da eben die Zukunft der Sozialdemokratie gehört. (Leb-
haftes Zustimmung b. d. Soz.) Wie Dr. Lohmann selbst auf dem
nationalliberalen Vertretertag befunden hat. Wenn Sie aber selbst
der Ueberzeugung sind, daß die wirtschaftliche und politische Ent-
wicklung unentzerrbar in dieser Richtung geht, wie kurzfristig und
ungezügelt ist es dann, sich dieser naturnotwendigen Entwicklung

